

Die „Weltanschauung“
erschaffen durch die Zusammenfassung aller
Erkenntnisse der Wissenschaften in
einer einheitlichen Weltanschauung.
Verlag: Leipzig, 1905.
Preis: 10 Mark.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Weltanschauung“
erschaffen durch die Zusammenfassung aller
Erkenntnisse der Wissenschaften in
einer einheitlichen Weltanschauung.
Verlag: Leipzig, 1905.
Preis: 10 Mark.

Telephon
Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 160.

Donnerstag, den 18. Juli 1905.

16. Jahrgang.

Bayerische Wahlen.

Am Montag, den 10. Juli, haben in Bayern nach bitterem Wahlkampf die Wahlmännerwahlen stattgefunden. Die Resultate, soweit sie bisher ersichtlich sind, registrieren wir weiter unten.

Die Wahlen standen im Zeichen des Wahlrechtsraubes, wie er von den vereinigten bayerischen „Liberalen“ betätigt war.

Nach jahrelangem Mühen war es im Landtage endlich gelungen, hinsichtlich der notwendigen Wahlrechtsverbesserung sich auf einen Kompromißvertrag zu einigen, der vor allem die direkte Wahl beseitigt und durch die indirekte Wahl ersetzt werden sollte. Auch sonst enthielten die Kompromiß-Vorschläge mancherlei Verbesserungen. Auf Grund dieser vom Landtage genehmigten Wahlrechts-Resolution arbeitete die Regierung eine entsprechende Vorlage aus. Inzwischen aber hatten die Liberalen es mit der Angst um ihre Mandate bekommen und stimmten geschlossen gegen die Vorlage, die sie selbst mit beantragt hatten! Durch das Votum der Liberalen wurde die mühselige Arbeit der Wahlreform verhindert, weil so nicht die zur Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit zustande kam.

Dieser Verrat an dem eigenen Beschlusse, dieses Amtschleusen der wichtigsten Volksinteressen hat den Liberalen (!) den wohlverdienten Namen der „Wahlrechtsräuber“ eingetragen.

Da die Wahlrechtsvorlage durch Scheitern der Liberalen gefallen, richtete sich die Volksempörung gegen sie so heftig, daß die Wackeren um ihre Landtagsitze bangen wurden.

Da kam den Geängstigten im letzten Augenblick die — gegenwärtig „liberal“ angehauchte Regierung zu Hilfe. Sie nahm kurz vor den Wahlen eine Vermehrung der Landtagsitze und gleichzeitig eine so raffinierte neue Einteilung einzelner Wahlkreise vor, daß man ganz deutlich die beabsichtigte Begünstigung der Liberalen erkennen konnte.

Diese Kunststücke richteten sich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie, welche durch die frühere Wahlkreiseinteilung ohnehin schon auf wenigste Plätze beschränkt war. Der erste und sicherste Platz unserer Partei war Nürnberg, seit unserer erstmaligen Beteiligung stets in Händen der Sozialdemokratie verblieb. Durch die raffinierte Wahlkreiseinteilung ist es gelungen, diesen Wahlkreis mit 4 Mandaten uns zu entreißen und den Liberalen Volksverrättern zuzuführen. In Nürnberg, wo die freisinnige Stadtverwaltung die Arbeiter konsequent von jeder kommunalen Befähigung fernhält, brachten unter dem Zeichen des Wahlrechtsraubes unsere Genossen es bei 21.000 Stimmen auf 99 Wahlmänner, während der liberale Mischmahl nur 13.000 Stimmen aufbrachte, dafür aber 150 Wahlmänner brachte! In diesem schlagenden Beispiel kann man ermessen, auf welcher Grundlage die Liberalen „Siege“ ersuchten werden. Glücklicher Weise scheint nach den

bisher vorliegenden Meldungen, daß der Mandatgewinn der Liberalen an anderer Stelle wieder wettgemacht worden ist. Hier die vorläufigen Resultate:

Soweit sich bis Montag Abend 10 Uhr das Resultat der Wahlen zum bayerischen Landtag abzeichnen läßt, ergibt sich in der Zusammenfassung folgende Veränderung:

Wahlkreis Straubing, bisher vereinigte Liberalen und Bauernbündler, drei Mandate vom Zentrum erobert.

In der Pfalz, Wahlkreis Kaiserlautern, ein Mandat, bisher liberal, von den vereinigten Sozialdemokraten und Zentrum gewonnen.

Nürnberg, bisher sozialdemokratisch, vier Mandate von den Liberalen erobert.

Schweinfurt, bisher vereinigte Liberalen und Bauernbündler, drei Mandate vom Zentrum gewonnen.

Augsburg, Stadt, bisher liberal, zwei Mandate von den vereinigten Sozialdemokraten und Zentrum gewonnen.

Wahlkreis Stungburg, bisher vereinigte Liberalen und Bauernbündler, zwei Mandate vom Zentrum erobert.

Wahlkreis Regensburg und Wahlkreis Jura, bisher liberal, zusammen vier Mandate, vom Zentrum gewonnen.

Aus einer Reihe von unstrittigen Wahlkreisen steht das Resultat noch aus.

Aus dem Wahlkreise Oberbayern 1, München 1, liegt folgendes Resultat vor: Im ersten Wahlgange wurden gewählt 77 liberale Wahlmänner, 28 sozialdemokratische Wahlmänner; im zweiten Wahlgange wurden, soweit bis Abends 10 Uhr bekannt ist, 148 Wahlmänner der vereinigten Sozialdemokraten und Zentrum und 7 liberale Wahlmänner gewählt. Obwohl noch eine größere Zahl von Werten aussteht, ist es sicher, daß München von dem vereinigten Zentrum und Sozialdemokraten besetzt wird.

Ein heute früh eingetroffenes Telegramm meldet: München, 11. Juli. Soweit sich die Zusammenfassung der Resultate nach den bisherigen Urteilen berechnen läßt, dürfte die Stärke der Parteien folgende sein: Zentrum 102 (dem jetzigen Stand gegenüber 18 mehr), 10 Sozialdemokraten (1 weniger), 12 Freie Vereinigung (7 weniger), 34 Liberale (10 weniger), 1 Demokrat. Das Zentrum eroberte u. a. auch den Wahlkreis Rabel in der Pfalz.

Unsere Genossen haben also den Schlag, den die liberale Wahlkreiseinteilung ihnen zufügen sollte, so gut pariert. Leider scheint es, als ob es noch nicht gelang, die Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Die Wahlrechtsreform wird immerhin noch einiges an dem vorläufigen Ergebnis ändern kann.

Marokko-Einigung.

Zu gleicher Zeit wird in Berlin und in Paris der Notenaustausch zwischen der französischen und deutschen Regierung bekannt gegeben, der den vorläufigen Abschluß des Marokkoabkommens bedeutet. Frankreich nimmt die Einladung zu der internationalen Konferenz an, die auf Deutschlands Wunsch durch den Sultan von Marokko vorgeschlagen wurde. Deutschland erklärt, daß es in Marokko keine Ziele verfolgt, welche die berechtigten Inter-

essen Frankreichs in Marokko in Frage stellen oder im Widerspruch stehen mit den Rechten Frankreichs, die sich aus Frankreichs Verträgen oder Arrangements ergeben und sich im Einklang mit gewissen beiderseitig anerkannten Hauptgrundsätzen befinden.

Es hat ungemein lange gedauert, bis dieses Ergebnis erreicht wurde. Bei etwas mehr Vernunft und Entgegenkommen des früheren französischen Ministers des Auswärtigen, bei etwas mehr Voraussicht und etwas weniger Blödsinnlichkeitssanfaren der deutschen Politik hätte der gründliche Spul, der monatelang Westeuropa heimmüde vertrieben werden können.

Es erscheint jetzt ebenso wie schon durch die ganze Zeit dieses Jahres wie Wahnsinn, daß wegen Marokko die internationale Lage, wie Fürst Bülow gestand, eine sehr gespannte und gefährliche gewesen ist. Es ist das besondere Verdienst der französischen Sozialdemokratie, daß durch ihren Rat der Rastlosigkeit und durch die Befestigung des Ministers Delcasse die Gefährlichkeiten der Diplomatie und damit die gespannte und gefährliche Lage überwunden wurden.

Nur den einen guten Sinn würde der Marokko-Konflikt haben, wenn es dazu führte, daß die Nationen mehr als bisher die Werke der Diplomatie ihrer dauernden und aufmerksamen Kontrolle unterstellen.

Die zwischen dem kaiserlichen Botschafter Fürsten v. Radolin in Paris und dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ministerpräsidenten Rouvier ausgetauschten Erklärungen über die Marokko-Konferenz lauten in Uebersetzung wie folgt:

1. Schreiben des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Ministerpräsidenten Rouvier an den kaiserlichen Botschafter Fürsten von Radolin vom 8. Juli 1905.

Herr Botschafter! Die Regierung der Republik ist durch die Botschaften, die zwischen den Vertretern der beiden Länder sowohl in Paris wie in Berlin stattgefunden haben, zu der Ueberszeugung gelangt, daß die kaiserliche Regierung auf der von dem Sultan von Marokko vorgeschlagenen Konferenz keine Ziele verfolgen wird, welche die berechtigten Interessen Frankreichs in diesem Lande in Frage stellen oder im Widerspruch stehen mit den Rechten Frankreichs, die sich aus seinen Verträgen oder Arrangements ergeben und sich im Einklang mit folgenden Grundsätzen befinden:

Souveränität und Unabhängigkeit des Sultanats;
Wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit;
Möglichkeit von politischen und finanziellen Reformen, deren Einführung für kurze Zeit auf Grund internationaler Vereinbarung geregelt werden soll;

Anerkennung der Lage, die für Frankreich in Marokko geschaffen wird durch die langandauernde Grenzberührung zwischen Algerien und dem Scherifischen Reich, durch die sich heraus für die beiden Nachbarländer ergebenden eigenartigen Beziehungen, sowie durch das hieraus für Frankreich folgende besondere Interesse daran, daß im Scherifischen Reich Ordnung herrsche.

Infolgedessen läßt die Regierung der Republik ihre ursprünglichen Einwendungen gegen die Konferenz fallen und nimmt die Einladung an.

Rouvier.

Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

16] (Nachdruck verboten.)

Nach dem Essen sah man noch lange keine Kaffee. Dann wurde beschlossen, einen Spaziergang in den Wald zu machen.

Es fing an zu dämmern, als man aufbrach. Der Wind nach Sonnenuntergang hatte sich gelegt. Die Bäume schienen zu schlummern; dunkelblau leuchteten ihre Kronen, unter denen schleierartig Nebelwolken tanzten. Immer ferner und durchsichtiger war der Himmel geworden, je tiefer die Sonne hinterm Horizont verschwand. Auf toposfarbenen Grunde glimmte da und dort ein rötlicher Stern. Daniel blickte nach oben. Die dumpfe Schwüle hatte sich gelöst, mit der Ruhe konnte sich auf seine Seele. „Das Schlimmste ist überwunden“, dachte er. „Was sollte mich noch trüben? In ein paar Stunden sitze ich zu Haus und lese.“ Und er suchte sich im Geiste das Buch aus, das er lesen wollte.

Vor ihm gingen hinter anderen Paaren Frau Birgermeister und sein Bruder. Als er sich an einer Straßenecke umfah, gewahrte er Marianne fast an seiner Seite. Er wollte sie zuerst vorbeilassen, in der Meinung, sie wüßte sich seinem Bruder anzuschließen, doch sie sprach ihn selbst an.

„Ganz allein, Herr Pastor?“
„Es ist fast so.“
„Haben Sie sich bei Tisch gut unterhalten?“
„Es ging, ich hatte etwas Kopfschmerzen.“
„Zieht auch noch?“
„Jetzt sind sie besser.“

Sie waren zum Kirchhof gekommen auf der Höhe der Straße. Neugierig schauten die weißen Marmortafeln, in tiefstem Schwarz hoben sich die Lebensbäume ab vom fern dämmernden Horizont, dessen dunkelblaue Wellenwand blutrot gerändert war. Marianne blieb stehen und atmete mit bewegter Brust. Er wollte weiter gehen, aber sie blickte unverwandt auf die fahlen, bewegungslosen Kohnfelder.

„Ob die Urdenbacher wohl mit Absicht den Kirchhof hier angelegt haben? Die häßlich wohnen die Leute in der Stadt und wie schön hier die Toten.“

Sie waren beide oft an dieser Stelle gewesen. Mariannes Mutter lag dort begraben, und wenn sie rasselnd, melancholisch und der Menschen überdrüssig war, hatte sie sich auf die Bank neben der halb von Epheu überwucherten Steinplatte gesetzt. Sie hatte das Gefühl, daß hier die lag, deren Wesen sie am nächsten verwandt war. In weite, aber weiß wie oft, sein Veras auf den Kirchhof geführt. Vor manchem Grabe hatte er gestanden, die üblichen Trostworte gesprochen und manchmal auf dem Nachhauseweg mit sich geredet.

Aber die frommen Worte, die ihm wie fromme Flügel erschienen waren. Aber jetzt überkam ihn die Empfindung, was Marianne gesagt, sei richtig: die Toten waren wohlgebetet, besser als die Menschen da unten.

Die beiden gingen weiter in dieser träumerisch stillen Stimmung, die sie von der vor ihnen schwebenden Gesellschaft trennte. Aus bogen sie nach links zu dem steil hinunterführenden Webergäßchen, in dem lauter arme Leute wohnten. In einer Pflanzlade häßten nachbeimige Kinder. Sie und da bogte eine Gestalt mit brennender Felle vor einem Haus. Aus einem schwarzen Fensterloch klangen Stimmen schwagernder Weiber.

„Wie die sich fühlen mögen, diese armen Leute?“ fragte Marianne. „Ob sie glücklich sind?“

„Gott, sie sind nicht immer glücklich, nicht immer unglücklich. Genau wie wir, Fraulein Drall. — Vielleicht glücklicher, weil sie beschwerender sind. Was wir als selbstverständlich ansehen, daß man hat zu essen hat, und Feuer im Winter und Kleidung, das sind für sie Gegenstände des Begehrens. Ihre Wünsche sind leichter zu befriedigen. Ich glaube deshalb, daß sie im allgemeinen glücklicher sind.“

„Nennen Sie das Glück?“
„Ja, was ist denn Glück?“
„Sie gingen einige Schritte weiter, ohne daß sie eine Antwort fand.“

„Ich weiß nicht.“
„Im Einklang mit sich selbst sein, das ist Glück.“
„Im Einklang mit sich selbst sein,“ wiederholte sie. „Stub Sie das?“

„Vielleicht wollen Sie nicht darauf antworten?“
„Er lächelte. In diesem Augenblick fühlte er sich so frei, daß sein Inneres von selbst sprach.“

„Warum nicht? Ich bin nicht im Einklang mit mir selbst. — Wenigstens selten. Am meisten doch, wenn ich allein bin. Dann gelingt es mir, mich zum Frieden durchzugewinnen.“

„Er blieb stehen, tief Atem holend.“
„Dann habe ich eine Stimmung, wie sie heut Abend ist. Aber wenn ich unter Menschen komme, verlaße ich in Unruhe. Die Menschen machen mich nervös. Ich bleibe nicht ich selbst. Ich sage alles mögliche, was ich gar nicht denke. Ich merke, wie ich mich verliere. Das ist ein schrecklicher Zustand. — Ich bin eben für die Gesellschaft nicht geschaffen, sondern ein einsamer Stubenhocker.“

„Vielleicht liegt das daran, daß Sie nicht die richtige Gesellschaft gefunden haben.“
„Vielleicht.“

„Man fühlt sich doch nur wohl unter seinesgleichen.“
„Haben Sie die Erfahrung auch schon gemacht?“
„Warum sagen Sie das so spöttisch?“

„Ich meine das nicht spöttisch. Ganz ernsthaft. Es wundert mich.“

„Als ich Sie zum ersten Mal predigen hörte, da hatte ich das Gefühl, Sie müßten hier recht einsam sein. Ich dachte, wie hätten in manchen Stunden eigentlich dieselben Empfindungen. Ich hätte mich oft gern mit Ihnen unterhalten. — Aber —“

„Sie blickte ihn an, nur eine Sekunde, doch mit so veränderter, nie gehehrem Ausdruck, daß er heftig erschraf.“

„— aber — Sie haben ja nie gewollt.“

„In diesem Augenblick hatte sie eine ganz seltsame Empfindung, als ob sie den Boden unter den Füßen verlore und in der freien Luft schwebte. Ihre Glieder waren wie gelöst, ihr Herz wunderbar leicht. Doch gleich darauf wehte etwas wie ein kalter Luftstrom sie an, sie fühlte einen Stich, dem ein jähes Erwachen folgte. Warum antwortete er nicht? Warum frag er sie nicht an? — Namenlose Angst ergriff sie.“

„In ihm aber vollzog sich einfach eine ungeheure Umwälzung. Sein härtester Glaube, der an sein Ausgestoßensein, brach zusammen. Ein Chor von jubelnden und großen Stimmen machte aus seinem Innern ein fassungsloses Durcheinander.“

Die ersten Paare hatten jetzt die fleischfarbene Waldwand der hundertjährigen Buchen erreicht. Eine Dame kreischte auf. „Alleweil tapfer!“ rief Fritz, der sich jetzt an der Spitze befand, in hellem Kommandoton. Der Apotheker zündete ein Sturmfischholz an. Rote Blüten ergossen sich über die Gesichter, ließen das Blättergehänge aufschäumen; auf dem weichen Boden tanzten phantastische Schatten. Hin und wieder stolperte jemand, dann lachten andere. Dazu klangen aus dem Schützenhaus schon die schrillen Klötten. Blödsinnig lachend der Schein, und das Dunkel wurde noch schwärzer als vorher. Marianne hatte ganz das Gefühl verloren, daß Daniel sich an ihrer Seite befand. Während sie die Bahne zusammenhielt und weiter ging, glaubte sie sich mellenweit allein in dieser lichtlosen Finsternis. Er wollte sie nicht, nur war ihr alles gleich.

„Von hinten ließ sie jemand mit entschuldigter Stimme. „Woh gehtan?“ fragte eine Stimme, während fleischige Finger auf ihre Schulter heruntersaßen. Es war Doktor Riemann, der sich nicht mehr ganz sicher auf den Beinen fühlte. Windlichter tauchten auf, die den von Dämmern umrahmten Weg erleuchteten. Ein ganzer Schwarm Gänse wüchelte den Eingang des Hauses, wo Paare ein- und austraten.“

„Es dauerte eine Weile, bis man sich setzte. In seiner Stimmung hatte Daniel nicht einmal acht gegeben, daß er einen Tag neben Marianne bräun. — bezaubert sah er da, machte mit sich, jubelte, hielt sich jetzt für verurteilt, jetzt für den glücklichsten Menschen der Welt.“

(Fortsetzung folgt.)

II. Antwort des kaiserlichen Vizekanzlers Fürsten v. Radolin an den französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ministerpräsidenten Rouvier, vom 8. Juli 1905.

Der Ministerpräsident! Da die Regierung der Republik die von dem Sultan von Marokko vorgeschlagene Konferenz annimmt, hat die kaiserliche Regierung sich beauftragt, Ihnen ihre mündlichen Erklärungen zu erteilen, wonach sie auf der Konferenz keine Ziele verfolgen wird, welche die berechtigten Interessen Frankreichs in diesem Lande in Frage stellen oder im Widerspruch stehen mit den Rechten Frankreichs, die sich aus seinen Verträgen (oder Arrangements) ergeben und sich im Einklange mit folgenden Grundbegriffen befinden: Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans; Integrität seines Reiches; Wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit; Möglichkeit von volkswirtschaftlichen und finanziellen Reformen, deren Einführung für kurze Zeit auf Grund internationaler Vereinbarung geregelt werden soll; Anerkennung der Lage, die für Frankreich in Marokko geschaffen wird durch die langausgedehnte Grenzberührung zwischen Algerien und dem Scheichstümern Reich, durch die sich hieraus für die beiden Nachbarländer ergebenden eigenartigen Beziehungen, sowie durch das hieraus für Frankreich folgende besondere Interesse daran, daß im Scheichstümern Reich Ordnung herrsche. Genehmigen pp.

Fürst von Radolin. III. Gemeinsame Erklärung des kaiserlichen Vizekanzlers Fürsten v. Radolin und des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Ministerpräsidenten Rouvier, vom 8. Juli 1905.

Die deutsche Regierung und die Regierung der Republik kommen überein: 1. gleichzeitlich ihre zur Zeit in Fez befindlichen Gesandtschaften nach Tanger zurückzuführen, sobald die Konferenz zusammengetreten sein wird; 2. dem Sultan von Marokko gemeinschaftlich durch ihre Vertreter Ratsschläge erteilen zu lassen zur Feststellung des von ihm der Konferenz vorzuschlagenden Programms auf den Grundbegriffen, wie sie in dem unter dem 8. Juli 1905 zwischen dem deutschen Vizekanzler in Paris und dem Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten ausgetauschten Schreiben angegeben sind.

Gesehen in Paris, den 8. Juli 1905. Fürst von Radolin. Rouvier. Zum Ueberfluß wird noch berichtet, daß der deutsche Vizekanzler Fürst Radolin sich Montag Abend nach dem Ministerium des Äußeren begab, um mit dem Ministerpräsidenten Rouvier zur amtlichen Unterzeichnung der Urkunden zu schreiben, welche bezüglich der Marokkofrage zwischen Frankreich und Deutschland ausgetauscht werden.

Das Behmgericht!

Wiederum hat einen der Hauptleute der zaristischen Genies das rächende Miel getroffen. Schumalow, der Stadthauptmann von Moskau ist von den Revolutionären hingerichtet worden. Die amtlichen Depeschen melden: Moskau, 11. Juli. Während eines Empfanges von Bittstellern beim Stadthauptmann Grafen Schumalow feuerte einer derselben drei Schüsse ab, welche den Stadthauptmann töteten. Der Mörder wurde verhaftet. Der Anschlag wurde Mittags 1 Uhr vollzogen. Schumalow wurde durch fünf Revolverkugeln tödlich verwundet. Der Täter, ein einfach gekleideter Mann, wartete im Empfangssaal des Stadthauptmanns zu und feuerte, nachdem er den Stadthauptmanns, welcher nach einer Stunde verschied. Die Persönlichkeit des Mannes ist noch nicht endgültig festgestellt. Anlangt war er eines politischen Vergehens wegen festgenommen worden, jedoch aus dem Polizeigebäude entflohen. Diesmal ist Schumalow getroffen. Wer ist der nächste?

Mit Erstaunen und Bewunderung sieht man, wie prompt, sicher und schweigsam das Behmgericht der Verzweiflung gegenüber der organisierten brutalen Gewalt arbeitet. Mögen die Freunde der Krute diesseits und jenseits der Grenze über „Mord“ und „Verbrechen“ jammern, die Arbeiterklasse hat allen Grund, Hochachtung vor den Männern zu bekunden, die mit dem kalten Mute der Verzweiflung die Schergen der Gewalt aus dem Wege räumen! Nicht ganz ruhig!

Amtliche Nachrichten aus Kronstadt, dem Petersburger Seehafen, melden: Die Stimmung unter den Besatzungen mehrerer Schiffe der Flotte ist nicht ganz ruhig. Die Matrosen erwarten ein Manifest des Kaisers. Wegen schlechter Nahrung (N) kamen kleine Unruhen vor. Die Meldungen, daß bedeutendere Unruhen auf dem hier liegenden Schiffen vorgekommen sind, sind unbegründet.

Es ist nur gut, daß man die „bedeutenderen Unruhen“ vorläufig obliegen kann. Der Ausbruch derselben wird ja ohnehin bald genug erfolgen.

Defizialitäten der Geniesknechte. Aus Odessa gehen uns schauerliche Nachrichten zu, die die Barbarei der dortigen Knechte der Bureaucratie grell beleuchten. So heißt es in einem vom 8. Juli datierten Briefe von dort:

Die Lage, da die gesamte Einwohnerschaft Odessas die gerichtlichen Schrecken hat über sich ergehen lassen, sind nun vorüber, aber unsere Stadt befindet sich noch immer im Kriegszustand. Keinerlich ist nichts zu merken, aber in den Polizeirevierern spielen sich Tragödien ab, denen zahlreich Menschen zum Opfer fallen. Selbst die höchste Behörde fürchtete sich das Barchanah der brutalen Mißhandlungen vorüberzulassen und Maßnahmen kaum anzunehmen. Auf den Polizeimännern schlug man nicht, sondern prügelte zu Tode, begieß die Geopfereten mit kaltem Wasser und prügelte weiter; selbst dann noch, wenn die Opfer unter den Schlägen der Schelme und Wachen zusammenbrachen. Alle Nachrichten über die Strafen, die ich Ihnen mitteilen habe aus erster Hand. Viele Straftäter werden von den Besten verwundet, zu Klüppeln verurteilt, verurteilt. Gefährlich brachte man nach dem jüdischen Krankenhaus zwei Mädchen, die in barbarischer Weise verurteilt waren. Schwebend waren sie in die Gefangen gegen Arbeiter und Halbweibliche, die auf den Barracken geschimpft haben. Entweder werden sie auf den Boden zu Krämpeln gemacht oder einfach totgeschlagen und heimlich auf dem Friedhof gebracht. Selbst die Polizei ergehen Dornen in der Nase von den Polizeirevierern gelegentlich für uns erzählen, daß

sie weder essen noch schlafen können, so sehr werden sie vom Geschrei und Gelächter der Gemarterten gequält.

Politische Uebersicht.

Das Drebbener Wahlrecht. Wie unseren Lesern bekannt, haben die hiesigen Stadtväter von Dresden mit einer Stimme Mehrheit eine Wahlrechts-Veränderung angenommen, die den ausgesprochenen Zweck verfolgt, den sozialdemokratischen Einfluß in der Stadtverordneten-Versammlung einzudämmen — was um so wichtiger wirkt, als die Sozialdemokratie dort bisher kein einziges Mandat besitzt! Allerdings waren bei der letzten Ersatzwahl unsere Genossen den Gegnern so dicht auf den Fels gerückt, daß bei der nächsten Wahl ein sehr erheblicher „Umsturz“ der Traditionen erfolgt wäre. Deshalb beschloß man nach schwerem Ringen über die reaktionärste Möglichkeit, einen Ratsentwurf, der wie folgt ausieht:

Die Zahl der Stadtverordneten beträgt künftig 84, davon entfallen 42 auf die ansässigen, 42 auf die unansässigen Bürger. Die Stadtverordneten werden auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Neuwahlen finden nur noch alle zwei Jahre statt, und zwar wird dabei ein Drittel sowohl der Ansässigen wie der Unansässigen ersetzt. Für die Wahlen werden die Stimmberechtigten in vier Abteilungen geteilt und zwar gehören zur Abteilung A diejenigen, die keinerlei Beruf ausüben oder keiner der drei anderen Abteilungen angehören (Rentner, Pensionäre usw.), zur Abteilung B die Arbeiter und die Gewerbegehilfen, soweit sie nach dem Invalidenversicherungsgesetz der Versicherungspflicht unterliegen (d. h. Personen, die als Arbeiter, Gehilfen, Lehrlinge oder Dienstboten gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden), sowie Lohn- und Akkordarbeiter. Der Abteilung C gehören an die im Dienste befindlichen öffentlichen und nicht öffentlichen Beamten und Angestellten, die Geistlichen, die Lehrer an öffentlichen oder nicht öffentlichen Lehranstalten, welche zu ihrer Erziehung der Genehmigung der königl. Ministerien des Inneren oder des Kultus und öffentlichen Unterrichts bedürfen, die Rechtsanwälte, die approbierten Ärzte, die Advokaten. Der Abteilung D gehören an die selbständigen Handel- und Gewerbebetreibenden einschließlich der Selbständigen im Gewerbetriebe und Landwirtschaft. Nach einem ebenfalls angenommenen Antrag wird diese Abteilung noch getrennt in zwei Klassen unterteilt, die Klassen A und B. Die Klasse A umfaßt die in der Abteilung D aufgeführten Personen, die bei der Aufstellung der Wahlliste bereits länger als zehn Jahre im Besitze des Bürgerrechts sind, die 1. und die übrigen der 2. Klasse.

Bei den alle zwei Jahre stattfindenden Stadtverordnetenwahlen haben zu wählen: in Abteilung A: die Wahlberechtigten der ersten Klasse: 1 Ansässigen, 1 Unansässigen; die Wahlberechtigten der 2. Klasse: 1 Ansässigen, 1 Unansässigen; in Abteilung B: die Wahlberechtigten der 1. und 2. Klasse: je 1 Ansässigen, 1 Unansässigen; in Abteilung C: die Wahlberechtigten der 1. Klasse: 3 Ansässige, 3 Unansässige; die Wahlberechtigten der 2. Klasse: 1 Ansässigen, 1 Unansässigen; in Abteilung D: die Wahlberechtigten der 1. Klasse: 5 Ansässige, 5 Unansässige; die Wahlberechtigten der 2. Klasse: 1 Ansässigen, 1 Unansässigen. Außerdem sind bei jeder Stadtverordnetenwahl, und zwar in einer und derselben Wahlhandlung für jede Abteilung Ersatzmänner aus den Ansässigen und Unansässigen auf die Dauer von 2 Jahren zu wählen, und zwar wählt jede Klasse der Abteilungen A, B und C und die zweite Klasse der Abteilung D je einen ansässigen und je einen unansässigen Ersatzmann, die erste Klasse der Abteilung D 2 ansässige und 2 unansässige Ersatzmänner.

Ueber das passive Wahlrecht gilt folgende Bestimmung: Die Wähler sind bei der Wahl nicht auf die ihrer Abteilung und Klasse zugehörigen Bürger beschränkt, können vielmehr aus der Gesamtheit der wählbaren Bürger wählen.

In den Tod getrieben. Halle ist der Schauplatz einer Beamtentragödie geworden, die in dieser Stadt eine um so tiefere Erregung in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, weil Halle wegen seiner Polizeiaffären fortgesetzt die Öffentlichkeit beschäftigt. Der Polizeisergeant Neubauer hat sich aus Verzweiflung selbst das Leben genommen. Ueber die Gründe zu dieser Verzweiflungsktat liest ein Schreiben auf, das der Mann vor der Tat an einen Bekannten richtete. Dieser Brief, der dem „Halle'schen Volksblatt“ zugestellt worden ist, lautet:

Halle a. S., 14. 6. 1905. Lieber ...!

Wenn Sie diesen Brief erhalten, so bin ich nicht mehr unter den Lebenden. Ich kann es jetzt nicht mehr mit ansehen, wie meine Frau und lieben vier Kinder immer mehr herunterkommen. Ich habe 13 1/2 Jahre treu Sr. Majestät gedient und keine Strafe erhalten, noch da ich hier in Halle annähernd drei Jahre tätig bin und auch noch keine Strafe gehabt habe, nur wegen des einen Vergehens; es war nämlich an einem Freitag, wo wir kein Fleisch essen (Neubauer war Katholik), habe ich wie meine Familie Kartoffel und Hering gegessen. Da ich nun drei Stunden Posten stehen mußte, hatte ich einen so großen Durst bekommen, daß ich ein Glas Bier trinken mußte. Ich wurde aber denunziert und der Polizeikommissar Sommer nahm ein Protokoll auf, wonach ich am nächsten Tage sofort gefänglich und ich und meine Familie nur das Brot gebracht wurde. Meine Frau sowie ich sind oftmals bei Herrn Wendemann, sowie bei dem Bürgermeister Holly gewesen und ihnen von Himmel und Erde unter Tränen gebeten, sie möchten doch diese so harte Strafe mäßigen und mir doch eine gelindere Strafe auferlegen lassen; aber alles war vergebens. Endlich nach sehr vielen Bitten bekam ich schließlich eine Stelle als Schreiber in der Polizeikanzlei mit einem monatlichen Einkommen von 75 Mark, aber nur unter der Bedingung, daß ich ja aus Halle herauskäme und mir eine andere Stelle suchen sollte; ich habe mich auch ernstlich bemüht, mir eine solche zu beschaffen, aber mir wurde, nachdem die Behörden das Protokoll von dem Kommissar Sommer hat durchgesehen, sofort abgelehnt. So ging es mir zuletzt in Vitterfeld; ich fuhr am 30. Mai hinüber und stellte mich vor und bekam auch den Befehl, daß ich am 1. Juni d. J. sofort und gleich in Uniform einzutreten hätte; als sie aber meine Personalakten durchgesehen und das vorerwähnte Protokoll sahen, bekam ich sofort durch Geißeln den Befehl, daß sie auf meine Einstellung verzichteten. Und so ist es mir stiers gegangen. Mein lieber Herr ... sage ich euch allen Adieu und grüßen Sie alle Bekannte von mir.

Dies ist die volle Wahrheit und Sie können es jedem Einzigen mitteilen, wie es hier in Halle bei der Polizei angeht. Demjenigen, welche Erbruch getrieben haben und sonst was gemacht haben, die läßt man hier, andre dagegen jagen sie in den Tod. Meine Frau weiß von allem nichts; bitte teilen Sie ihr es schonend mit. Auf Wiedersehen!

Der letzte Ausschrei eines Verzweifelten! Das Halle'sche „Volksblatt“ ist auch in der Lage, das Führungssatzel Neubauers zu veröffentlichen. Hier ist es:

Dem bisherigen Polizei-Sergeanten Gustav Neubauer, geboren am 14. Dezember 1869 zu Stettin, wird auf sein Ersuchen hiermit bekräftigt, daß er vom 26. Mai 1902 bis 11. Januar 1905 als solcher bei der Unterzeichneten beschäftigt. Derselbe ist ein brauchbarer Beamter und hat sich auch gut geführt. Der Dienst wurde ihm gekündigt, weil er während des Polizeidienstes ein

Schanklokal ohne amtlichen Anlaß betreten hatte; die Rücksicht auf seine sonstige Brauchbarkeit wird er bei auf weiteres als Hilfsarbeiter beschäftigt, damit er sich eine andere Stelle suchen kann.

Halle a. S., den 3. Februar 1905. Die Polizeidirektion. Der Oberbürgermeister: Stanke.

Das Zeugnis bestätigt, daß sich der unglückliche Mann nur in einem Falle gegen die Dienstvorschriften vergangen hat. Und trotzdem diese Strenge, die sich in keiner Weise rechtfertigen läßt! In den letzten Tagen wurde übrigens eine Verordnung des preussischen Justizministers in der Presse behandelt, die die Wiedereinstellung bestrafter Beamten in den Dienst unter Umständen zulassen will. Angesichts dieser Verordnung erscheint die Entlassung des Polizei-Sergeanten Neubauer um so grausamer und dessen tragisches Ende um so ergreifender.

Gegen die Reptilienpresse. Die privilegierte und subventionierte Amts- und Parteipresse ist in ganz Deutschland zu einer Landplage geworden. Anspruch auf amtliche Bekanntmachungen hat in den deutschen Vaterländern nur das Organ, welches sich durch „Wohlfürhalten“ hervorruft. Das Amtsblattprivilegium wird im Norden ausschließlich an konservative Organe verliehen, während im Süden die Gazetten der nationalliberalen Partei sich im Schatten des behördlichen Privilegiums mären. Durch dieses Amtsblattsystem wird nicht nur der politische Kampf in unzulässiger Weise beeinflusst, sondern es schließt auch eine Moralität gegen die Zwangsabonnenten der Amtsblätter in sich, welche einer anderen politischen Richtung angehören und gezwungen sind, als Beamte z. eine gegnerische Parteirichtung zu unterstützen, und dabei noch neben dem amtlichen den „gelehrten“ politischen Teil mitverarbeiten zu müssen. — Unsere Genossen im heftigen Landtag hatten nun den Antrag auf Beseitigung der Amtsblattprivilegien eingebracht, die verlangten, entweder allen Zeitungen die amtlichen Bekanntmachungen zuzustellen, oder eine Beilage herauszugeben, welche nur amtliche Bekanntmachungen enthält und sämtlichen Zeitungen gegen Erstattung der Selbstkosten beigegeben werden solle. Die Regierung fand diesem Antrage natürlich ablehnend gegenüber, obgleich sie zugab, daß dem bisherigen Amtsblattwesen schwere Mängel anhaften. Der Ausschuss hatte dem zweiten Teil des Antrages zugestimmt und dem Landtage einen diesbezüglichen Initiativ-Gesetzentwurf unterbreitet. Am Donnerstag kam der Antrag im Landtage zur Beratung. Und siehe da! Alle Parteien — mit Einschluß der Nationalliberalen — erkannten die schweren Mängel des Systems an und da sich auch die Regierung bereit erklärte, einen Versuch zu machen, um eine Milderung eintreten zu lassen, sich aber gegen die Form eines Gesetzwurfes wendete, zog der Ausschuss den Entwurf zurück und brachte den Antrag ein:

„Die Regierung möge auf Grund des von dem Ausschuss vorgelegten Materials alsbald an eine Neuordnung des Amtsblattwesens zu denken, in dessen Rahmen den in dem jetzigen Ausschussantrage enthaltenen Grundbegriffen beruht.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die heftige Regierung wird also nicht umhin können, dem Gesetzlich belundeten Verlangen der Volksvertretung nach Beseitigung der privilegierten Reptilienpresse nachzukommen. Bei der Abstimmung hatte allerdings die größte Zahl der Nationalliberalen den Saal verlassen, da sie offenbar nicht den Mut besaßen, gegen das Amtsblattprivilegium zu stimmen, in dessen trüben Wässern sie so gut zu fischen verögen.

Die Wahl in Donauwörth. Bei der am 7. d. M. abgehaltenen Reichstagsersatzwahl im zweiten badischen Reichstagswahlkreise wurden insgesamt 21.208 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Gutsbesitzer Josef Duffner aus Furtwangen (Zentr.) 10.891, Oberbürgermeister Edmund Rebmann aus Karlsruhe (nat.-lib.) 8498, Schuhmacherehrwürdiger Wilhelm Grahl aus Triberg (Sozialdem.) 1866 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. — Die erste Meldung des offiziellen Wolffschen Telegraphenbureaus hatte unserem Genossen nur 866 Stimmen gelassen gegenüber 2190 bei der Wahl von 1903. Darüber ist nun die freisinnige Presse besonders hergefallen und hat an dieser — falschen — Ziffer bewiesen, wie sehr die Sozialdemokratie im Rückgange sei. Aufschlamm ist nun die Sache absolut nicht. Es handelt sich um einen ausgedehnten ländlichen Wahlkreis, dessen Bevölkerung zu 83 Prozent katholisch ist! Die Agitation in dem Kreise war für unsere Genossen besonders erschwert, da die bevorstehenden Landtagswahlen einen großen Teil der verfügbaren Kräfte in Anspruch nahmen.

Ein Vertrag über die Teilung Abessinien's soll zwischen England, Frankreich und Italien im Werke sein. Die „Politische Korrespondenz“ bemerkt hierzu: „Die Angelegenheit wird zwischen den genannten drei Staaten verhandelt, ohne daß irgend eine andere Macht Anlaß genommen hätte, gegen diese Sonderverhandlung zwischen Paris, London und Rom hinsichtlich Abessinien's Einsprüche zu erheben.“ Das ist ein Wind für Bülow, sich auch in Abessinien in ähnlicher Weise einzumischen, wie es in Marokko geschehen ist. Bülow ist ein „selbstgegebener Wind“. Da eben erst eine deutsche Gesandtschaft den Negus Menelik von Abessinien besucht hat, die gewiß auch politische Aufträge hatte, wird dem Fall Marokko wohl ein Fall Abessinien folgen. Eine deutsche „Einflußsphäre“ ist ja dort ebenso leicht zu konstruieren wie in irgend einem andern Erdwinkel. Unserer Ansicht nach aber ist es viel besser, wenn man die Franzosen, Engländer und Italiener nicht daran hindert, sich mit soviel Kolonialballast zu bepacken, als sie wollen. Früher oder später werden sie von den natürlichen Herren der unterjochten Länder, den Eingeborenen, doch hinausgeworfen werden. Nur ein Interesse haben wir an Marokko wie an Abessinien und andern fremden Ländern, nämlich das, daß der Deutsche dort in Handel und Wandel nicht schlechter behandelt wird, als die Angehörigen anderer Nationen. Und so mächtig, das überall durchzusetzen, ist Deutschland bereits heute; es braucht dazu keinerlei neuer Rüstungen.

b. Einem will gehen? Gerüchte über den Rücktritt des Kriegswirtschafts von Tintem werden von der „Staatsbz.“ verbreitet. Das Blatt behauptet, der Grund für den Rücktritt liege nicht in politischen Dingen, sondern in einem Magenleiden (!) das den Minister seit längerer Zeit plagt und ihn veranlaßt hat, die Heilquellen Kissingens aufzusuchen. — Es wäre schon möglich, daß dem Kriegswirtschaftler manches — im Magen liegt.

Kuachstentag. Gegen den Schriftsteller Johannes Polzmann (genannt Senna Soh), geboren am 27. Oktober 1882 in Luchel, zuletzt in Segalitz, ist die Unterjochungsbefehl erlassen worden. Polzmann hat die Rüstung ergriffen und wird vom Staatsanwalt beim Berliner Landgericht I festgenommen verfolgt. Der Staatsbrief enthält die Anmerkung: „Polzmann

tritt in anarchistischen Versammlungen auf. — Die Verbrechen des jungen Mannes sind — Oppermann- und Mordanschläge! —

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Juli.

Weshalb im Feldschlösschen keine Arbeiter verkehren dürfen, erfährt man jetzt auf gar seltsame Weise, die wieder einmal zeigt, wie wahr das alte Wort ist: „Wenn zwei sich streiten, erfährt der dritte die Wahrheit.“ In der Breslauer Studentenschaft ist nämlich wegen der „katholischen Verbindungen“ ein weltbewegender „Krieg“ entbrannt, der sich in einer großen kindlichen Zeitungspolemik auslebt. Die Sache selbst interessiert aufgestörte Menschen kaum, sintermalen ja wir besonders „rückständige“ Anschauungen über das Treiben der „goldenen Jugend“ haben. Aber eines hat uns sehr interessiert: Hatte da nämlich ein Studiosus Kaufmann behauptet und bewiesen, daß in den katholischen Korporationen Politik getrieben werde. Darauf sprang ein Rechtsanwält Dr. Herschel auf — der Nermste wird in der „Bresl. Ztg.“ als Jesuit und sein Auftreten als „notwendiges Beispiel jesuitischer Eloquenz“ bezeichnet — und erklärte das als unwahr. Da die Statuten das verboten, Studiosus Kaufmann aber replizierte:

„daß Statuten noch lange nicht gehalten zu werden brauchen, und führte an, daß jeder Breslauer Student sich zwar durch Handschlag verpflichtete, seine Streitigkeiten und Ehrenhändel vor dem Rektor der Universität zum Austrag zu bringen, daß aber gleichwohl zirka 90 Prozent es vorzögen, ihre Angelegenheiten im „Feldschlösschen“ im Wege des Zweikampfes zu regeln.“

Die Unwahrhaftigkeit, die hier den mit gebügelter Moral begriffen so vollgepfropften deutschen Studenten vorgeworfen wird, übergehen wir, weil wir schon toller aus Unversitätsstädten gehört haben. Allein daß im „Feldschlösschen“ die Arena der studentischen Kaufereien sich befindet, ist uns eine wertvolle Neuigkeit. Jetzt wissen wir auch, weshalb sich der Wirt stets weigert, den Arbeitern sein Lokal herzugeben: Der Wirt ist anscheinend besorgt darum, die raufflustigen Teufel in ihrem eminent staatsbehaltenden Treiben nicht zu stören. Ober fürchtet er, die erstklassigen Erbgüter der Bauer könnten auf die in Punkt „Ehre“ als Wilde aufwachsenden Arbeiter abfärbend wirken?

Der Streit um Limburgs Erbe. Zur Landtagswahl in Breslau-Land-Neumarkt ist die „Konserv. Korresp.“ sehr ärgerlich darüber, daß das Zentrum das bisher vom Grafen Limburg-Strom innegehabte Mandat für sich beansprucht unter Berufung auf die Unterstützung der Konservativen durch das Zentrum bei der Reichstagswahl. Die „Konservative Korrespondenz“ nennt das Ruhhandelspläne und droht damit, die Konservativen würden, dem Beispiel der übrigen Parteien folgend, in allen Wahlkreisen Zahlkandidaturen aufstellen und zu diesem Behufe konservative Vereine gründen. — Es wäre doch interessant gewesen, wenn die „Konserv. Korresp.“ hinzugefügt hätte, in welchen Wahlkreisen dem Zentrum durch Aufstellung von konservativen Zahlkandidaturen Schwierigkeiten bereitet werden sollen.

Zum Acht-Uhr-Ladenschluß. Der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter berief für Dienstag im „Pariser Garten“ eine öffentliche Versammlung der Handelsangestellten ein mit der Tagesordnung: „Acht-Uhr-Ladenschluß“. An der Versammlung nahmen auch Handlungsgehilfen und Prinzipale in ziemlicher Anzahl teil.

Rimmer hielt das Referat. Er führte aus, daß es in Breslau die höchste Zeit sei, einmal in energischer Weise den Acht-Uhr-Ladenschluß zu propagieren, nachdem in einer Reihe deutscher Städte der Acht-Uhr-Ladenschluß eingeführt sei. Darüber, daß die Verletzung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe eine dringende Notwendigkeit sei, brauchte kein Wort mehr verloren zu werden, denn es sei ein offenes Geheimnis, daß die Ruhezeit der Handelsangestellten in den meisten Geschäften nicht innegehalten, die gesetzliche Vorschrift täglich von den Prinzipal'n übertreten wird. Nur vorsichtiger sei man geworden, der Welt bleibt nur die Nachtarbeit verborgen. Die Gründe, die gegen den verführten Ladenschluß ins Feld geführt werden, bemerkt der Redner, seien durchaus nicht stichhaltig; niemand werde dadurch zu Grunde gehen, wie kein Kaufmann durch die Einführung der Sonntagsruhe und des Reinuhrladenschlusses ruiniert worden ist. Das lange Offenhalten der Geschäfte sei nur Prämie auf die Inaktivität des launenden Publikums. So, wie sich der Reinuhrladenschluß eingeführt, werde auch der Acht-Uhr-Ladenschluß seinerlei Schwierigkeiten machen. Einige Geschäftsweige haben in Breslau von selbst ihn eingeführt, er lasse sich aber für alle Branchen einführen. Warum solle gerade der im Handelsgewerbe beschäftigte Arbeiter, der gelernt oder der ungelern, eine längere Arbeitszeit haben, als der gewerbliche Arbeiter? Die Handelsangestellten hatten es in der Hand, ihren Willen durchzusetzen, leider fühlten sich die Handlungsgehilfen nicht als Arbeiter, und wollen mit ihren ungelernen Berufsgenossen nicht gemeinliche Sache machen zur Erreichung geregelter Arbeitsverhältnisse. Mit wenigen Ausnahmen seien die vielen Handlungsgehilfen-Vereine in Breslau weiter nichts als Unterlingensvereine. In das laufende Publikum müsse ein ernstes Wort gesprochen werden, insbesondere an die Frauen organisierter Arbeiter, müßten sie sich doch daran gewöhnen, ihre Einkünfte vor acht Uhr zu befragen, damit den Geschäftsinhabern die immer noch gebrauchte Methode, das Publikum wolle vom Acht-Uhr-Ladenschluß nichts wissen, angedreht werden könne. Es werde die Aufgabe der Handelsangestellten sein, unausgesetzt für die Einführung des Acht-Uhr-Ladenschlusses tätig zu sein, denn bei dem reaktionären Standpunkt unserer Handelskammer sei kaum zu erwarten, daß von dieser Seite der Angestellten ein Schritt zu erwarten sei. Von der Handelskammer mache nur die von Braunschweig in dieser Beziehung eine rühmliche Ausnahme, sie habe den Acht-Uhr-Ladenschluß für Braunschweig selbst beantragt. In dieser Höhe formalistischer Eifer wird sich die Breslauer Handelskammer wohl nie anrechnen! Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Die Diskussion war eine sehr lebhafte, es beteiligten sich daran die Redner Dittfeld, Hoffmann, Sent, Studaicz, Gogal, Rimmer, Kiedel und andere. Einige Redner traten dafür ein, sich vertrauensvoll an die Handelskammer zu wenden, andere dagegen veranlaßten eine energische Agitation zur Durchführung des Ladenschlusses und eine strengere Überwachung der Durchführung der

gesetzlichen Vorschriften im Handelsgewerbe. Rimmer bemerkte dazu, die Handelskammer sei eine Interessensvertretung der Prinzipale, noch niemals sei sie für die Interessen der Angestellten eingetreten, bei allen sozialpolitischen Reformen, nicht bei der Einführung der Rulmanngesetze, habe die Breslauer Handelskammer einen den Arbeitern entgegengelegten Standpunkt vertreten. Die Handelskammer genießt wohl das Vertrauen der Prinzipale, das Vertrauen der Handelsangestellten besitzt sie nicht und sie macht auch keine Anstalten, es zu erwerben. Für eine energische Agitation und eine Überwachung der Geschäfte trat auch Rimmer ein, und er bezog sich, daß die Organisation erstärke und die Handlungsgehilfen sich rühren. Das Resultat der Beratung war die Annahme einer Resolution mit allen gegen 4 Stimmen, in welcher die Versammelten die Ausführungen des Referenten als vollkommen den Tatsachen entsprechend anerkennen, die Durchführung des Acht-Uhr-Ladenschlusses als eine dringende Notwendigkeit ansehen und der Hoffnung Raum geben, daß, wenn alle dabei in Frage kommenden Faktoren ineinandergreifen, der Acht-Uhr-Ladenschluß in Breslau bald zur Wirklichkeit werden könne. In die Fragen der organisierten Arbeiter wird der dringende Appell gerichtet, den Kampf der Handelsangestellten zur Erreichung einer kürzeren Arbeitszeit noch Kräfte zu unterstützen.

Eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, die sehr zahlreich besucht war, fand gestern Abend im Gewerkschaftshaus statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Lohnbewegungen der Stellmacher und Maschinenarbeiter, referierte Kollege Peider. Er führte u. a. aus, daß der Stellmacherberuf einer der vielseitigsten und schwierigsten sei. Die Verhältnisse bezüglich der Löhne, Arbeitszeit usw. seien erbärmlich, so daß eine Besserung unbedingt plagarisch müsse. Das müsse sich auch beziehen auf die Abschaffung des Rost- und Logiswesens, Bezahlung der Überstundenarbeit. Da aber glückliche Mittel nicht vorzufinden wolle, die Unternehmer sich vielmehr auf den Preisstandpunkt stellen, müßten schärfere Waffen in Angriff genommen werden. Redner geht dann auf die Lage der Maschinenarbeiter über. Letztere trügen teils selber Schuld an den elenden Verhältnissen. Die früheren Bewegungen seien hurelos an ihnen vorübergegangen. Andererseits könne eine 63-kündige Arbeitszeit den Maschinenarbeitern in den Fabrikhallen miserablen Löhnen nicht zum Denken bringen. Die Unternehmer hätten nun zwar am 5. Juli das Jugendbündnis der gebührenden Arbeitszeit, aber ohne Erhöhung der Löhne gemacht. Ferner sollte für Überstundenarbeit ein Zuschlag von 5 Pf. erfolgen, für größte Sanderkeit und für die nötigen Verbandskosten gesorgt werden. In 30 Fabriken habe man das Jugendbündnis gemacht, wo die Arbeitszeit mehr als zehn Stunden täglich betrage, solle sie auf diesen Zeitraum reduziert werden. Der Durchschnittslohn sei auf 32 1/2 Pfg. festgestellt worden, der doch zu niedrig sei. Hier und da sei er zwar etwas höher. Der Kampf der Maschinenarbeiter richte sich gegen drei Richtungen: gegen die Innung, die Arbeitgeber der freien Vereinigung und die sogenannte Fabrikanten-Vereinigung. Danach müsse unsere Taktik im Lohnkampf eingerichtet werden. Der Unternehmer Rössler habe erwidert: „Ich glaube, daß Ihr nicht siegen werdet.“ Wir erwiderten: Nicht um den Sieg sei es uns zu tun, sondern um menschenwürdige Zustände zu schaffen. Die Unternehmer sollen Einsicht bekommen. Da sie aber eine Reihe von Forderungen unter den wichtigsten Vorwänden abgelehnt, müßten wir den Teil von unten treiben. Peider geht noch die Verhältnisse bei einzelnen Firmen durch, erwähnt die große Zahl der Unfälle und fordert schließlich die Holzarbeiter auf, den Maschinenarbeitern in ihrem Kampfe Unterstützung zu teil werden zu lassen. In der Debatte wird der Wunsch ausgesprochen, diejenigen Fischer, welche durch den Streik der Maschinenarbeiter in Mitleidenschaft gezogen wurden, müßten ebenfalls unterstützt werden. Es wird darauf folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heut am 11. Juli tagende öffentliche Holzarbeiter-Versammlung erklärt sich mit der Lohnbewegung der Stellmacher und Maschinenarbeiter einverstanden. Sie bringt diesen und namentlich den bereits ausständigen Maschinenarbeitern die gr. Sympathie entgegen und erklärt sich mit diesen solid. Der schwere und gefährliche Beruf beider Kategorien bedarf unbedingt einer besseren Regelung, als wie dies in den Jugendbündnissen der Arbeitgeber zu erblicken ist. Die Fischer und andere Berufsangehörige verpflichten sich, so lange die Bewegung dauert, keine Maschinenarbeit zu verrichten, noch das zu bearbeitende Holz von anderen nicht eingeweihten Arbeitern herrichten zu lassen.

Ueber die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses referiert der Gewerkschafter Dietrich in einem längeren Vortrage. Redner gibt ein aufnahmefassendes Bild über die wichtigsten Verhandlungen und Beschlüsse.

U. a. sei hervorgehoben, daß der Punkt: „Die Agitation in den zurückgebliebenen Gegenden auch für Obereschichten wichtig wäre.“ Es müßten hier größere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die nötigen Lokale zu bekommen und die Agitation zu betreiben. Die Agitation unter den Frauen, die elende Lage der Heimarbeiter, das mittelalterliche Rost- und Logiswesen, das Genossenschaftswesen und die Kartelle sei Gegenstand eingehender Erörterung auf dem Gewerkschaftskongress gewesen. Bezüglich der Frage Arbeits- oder Arbeiterklammern habe er sich für die letzteren entschieden. Für die Arbeiter in der jetzigen Form könne er sich nicht erwidern, weil sie nicht einheitlich durchzuführen sei und sich andere Nationen (z. B. England) um die Beschlüsse des internationalen Sozialistenkongresses betreffend die Arbeiter nicht kümmerten. Redner plädiert dann für die Arbeiter am Abend des 1. Mai oder am ersten Sonntag in diesem Monat. Für den politischen Massenstreik oder Generalstreik könne er sich nicht begeistern. Er vermöge übrigens einen Unterschied zwischen beiden Arten nicht zu erkennen. Im übrigen schließt er sich den Anschauungen Bismarcks an. Demungeachtet können wir allerdings ungewollt in die Lage gedrängt werden, in den Generalstreik einzutreten. Die Hauptache sei aber vor allem, zu organisieren und agitieren, damit den Reaktionen eine feste Macht entgegengestellt werden kann. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachher noch Peider sich für die heutige Form der Arbeiter erklärt, wird die Debatte über den Vortrag auf die nächste Versammlung vertagt. Mehrere Resolutionen, den Gewerkschaftskongress und die Metallarbeiter betreffend, wurden nach kurzer Debatte abgelehnt, worauf der Vorsitzende Peider um 11 1/2 Uhr die Versammlung schloß.

Der Glaserverband hat in letzter Zeit hierorts eine recht erfreuliche Entwicklung durchgemacht. Davon zeugt auch der Besuch der gestrigen Versammlung. Ein angesehener Vortrag mußte leider wegen Verbindung des Referenten fortfallen. Die Versammlung besaß sich mit dem Geschäftsbericht der Zentrale Berlin. Von den dortigen Kollegen haben die hiesigen Glaser in Bezug auf Pflasterer bei der Agitation und materielle Opferfreudigkeit noch viel zu lernen. Infolge ihrer fleißigen Organisationsfähigkeit haben die Berliner Glaser aber auch Löhne errungen, an die die Breslauer Kollegen noch nicht zu denken wagen. Hieran wurde der Kartellbericht gegeben. Sehr bedauernd wurde, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Gewerkschaften sich in der letzten Sitzung bei den Metallarbeitern als unzulänglich erweisen hat. In einer Resolution wandten sich die Glaser gegen die Abspaltung der Metallarbeiter vom Kartell und die Hoffstimmung des Sekretariats. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die genannte Verband seine diesbezügliche Stellungnahme forträgt. Sodann befaßte man sich mit der Ungünstigkeit des Bauarbeiterschutzes in Breslau, unter der auch die Glaser sehr viel zu leiden haben. In den letzten Tagen wurde am Pauli Ring 50 der Abschlus eines Kollegen nur durch die Gefühlsregsamkeit eines nur zufällig in dichter Nähe befindlichen Mitarbeiters verhindert. Es fanden sodann noch einige kleinere Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung.

Ueber den „Bismarckbrunnen“, den die Breslauer Patrioten auf Kosten der Steuerzahler am Königsplatz errichten, schreibt ein böser Stern. Da sind zwei große Figurengruppen angedeutet, den „Kampf“ und den „Sieg“ darstellend. Als die Gruppen ankommen, ging man halb daran, sie auf die Postamente zu

bringen. Nach schwerer Mühe und Arbeit war das auch auf der einen Seite gelungen. Und man sah an, alles was man gemacht hatte und siehe, es war sehr falsch! Man hatte nämlich eine falsche Gruppe auf ein falsches Postament gehoben! Da blieb nun weiter nichts übrig, als die Gruppe wieder herunterzunehmen und die falsche Gruppe hinauszuführen. Jetzt ist das Gerüst aus zweitem Postament aufgestellt, um die zweite, die „Siegesgruppe“, hinauszuführen. Doch brach das Gerüst gestern Mittag um 2 Uhr zusammen und zwei Arbeiter stürzten in die Tiefe, glücklicherweise ohne ernstere Schäden zu nehmen.

Ein Schäferfestenfest im Riesengebirge veranstaltet am 25. d. Mtz. das Vereinstheater Barasch. Näheres siehe Inserat.

Die verbotene „Hochzeitsnacht“. Nach den Mitteilungen der „Breslauer Morgenztg.“ hatte das hiesige Polizeidirektorium die Weiterausführung des französischen Schwanks „Hochzeitsnacht“ im Liebich's Sommertheater zunächst untersagt, dann aber, nachdem die Unhaltbarkeit eines solchen Verbotes eingesehen wurde, der Direktion „nahgelegt“, das Stück vom Spielplan zu befriegen. Das soll auch geschehen, sobald das interessante Stück am Freitag zum letzten Male gegeben wird.

Unterschlagung im Amte. Am 11. November v. J. wurde der 20 Jahre alte Schlosser Richard Wagner als Ausbilder im Postunterbeamtenbüro beim Postamt 10 hier selbst angenommen und durch Handschlag für sein Amt verpflichtet. Die tägliche Bezahlung betrug 2.20 Mt. Mit diesem Betrage kam der junge Mann nicht aus. Er verbrachte mehr, als er verdiente. Eines Sonntags, am 19. März d. J., nahm er die Gelegenheit, als er allein den Dienst verließ, wahr, beim Einladen von Paketen in den Postwagen ein Goldatenpaket verschwinden zu lassen. Er öffnete es später und eignete sich den Inhalt, Wäsche, Pannuchen und Geld an. Für diese Unterschlagung im Amte verurteilte ihn die erste Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis und sprach ihm die Fähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes auf die Dauer von zwei Jahren ab.

Ein verfehltes Leben. Der noch jugendliche Arbeiter Ernst Jentich aus Rastenberg, Land, der vorläufiglich in Braunkistung angeklagt vor dem Schwurgerichte. Schon im vierzehnten Lebensjahre ist Jentich wegen einer vorsätzlichen Brandstiftung und verurteilt worden. Nach Verbüßung der Strafe im März 1903 wurde er dem Reittagsbau zu Groß-Rosen überwiesen. Der dortigen Strafe bald überdrüssig, entwich er im November desselben Jahres aus der Anstalt und ließ sich fünf Tage bettelnd umher, bis er aufgegriffen wurde. Im März 1904 mußte er in Petrowitz bei Tauer einen ihm nachgewiesenen Dienst antreten, lief aber nach drei Monaten schon wieder davon und zog bettelnd von Ort zu Ort. Er kam bis Bittau in Sachsen und wollte sodann nach Petrowitz zurückkehren, um von seinem früheren Dienstherrn die Legitimationspapiere einzufordern. Bei der Ankunft daselbst verübte Jentich aber zunächst einen schweren Einbruch in die Wohnräume des Landwirts, wofür er vom Landgericht in Rastenberg neun Monate Gefängnis erhielt. Gleich am Tage nach der Entlassung aus der Strafkammer erfolgte die Überführung des jungen Menschen in die Provinzial-Gefängnisanstalt zu Wobslau; er wurde dort mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt und fand sehr bald wieder Gelegenheit zur Flucht. Diesmal wandte er sich seiner Heimat Rastenberg zu, um nun der Färberei-Erziehung mit ihrer schweren Arbeit endlich einmal dauernd zu entgehen, gändete er hier einen Henschel an; nach seiner Verhaftung erklärte er ganz offen, daß er die Tat begangen habe, um in das Gefängnis oder Zuchthaus zu kommen, wo er sich wohler fühle. Die Schwurworen sprachen Jentich der vorsätzlichen Brandstiftung schuldig und verurteilten die Frage nach mildernden Umständen; der Gerichtshof verurteilte ihn darauf in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Staatsanwalts zu fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

*** Achtung, Schuhmacher!** Die Breslauer Schuhfabrik von Dornsdorf sucht in Fachblättern Zuschneider! Wir bitten, derartige Angebote nicht anzunehmen, da hier Differenzen ausgebrochen sind. Zuschneidern sollte die Prämie zur Hälfte gekürzt werden. Die Zuschneider wollen die Prämie fallen lassen, beanspruchen aber eine Lohnerhöhung, die den Unfall annähernd ausgleicht. Die Gaultierung.

Neueste Nachrichten.

Cin Herendjak.

Aus Petersburg wird gemeldet: Die Nachricht von der Ermordung des Moskauer Stadthauptmanns, Grafen Schwalow, wirkte hier niederschmetternd wie seinerzeit die Ermordung des Großfürsten Sergius. Der Zar erlitt, als er die Nachricht empfing, einen derartigen Nervenschock, daß die Umgebung in höchste Verwirrung geriet. Es scheint, als sollte Nikolaus II. noch manchen Nervenstoch erhalten.

Ueber den Vollstrecker des Volksteils an dem Stadthauptmann wird noch durch die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ gemeldet:

Die Persönlichkeit des Mörders des Moskauer Stadthauptmanns Grafen Schwalow ist immer noch nicht festgestellt. Er besitzt einen Pass, auf den Namen eines gewissen Kersell laudend, der jedoch offenbar falsch ist. Der Mörder war bereits früher einmal verhaftet, jedoch konnten aus damals keine Personalien festgestellt werden. Er fertigte vier Schüsse aus einem sechs-kalibrigen Revolver ab. Die Kugeln sollen nach Aussehen der Wunde vergiftet sein. Drei Geschosse trafen den Grafen Schwalow, während das vierte einen im Zimmer anwesenden Beamten am Bein verwundete.

Das Gruben-Englisch in England.

Von den im Kohlenbergwerk Wattorn in Glamorganshire verunglückten Bergleuten sind bisher 69 Leichen geborgen. Man befürchtet, daß sich die Totenliste auf insgesamt 126 Mann belaufen wird.

Darlegung.

Für das kämpfende russische Proletariat gingen bei der Redaktion der „Volkswacht“ ferner ein:

Redaktion der „Volkswacht“	7.20 Mt.
R. R.	8.—
Ungeannt	9.39
Bereits quittiert	315.—
Summa 334.59 Mt.	

11. u. 12. Juli.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Außwärme (C.)	+ 24,7	+ 20,6	+ 17,5
Außdruck bei 0° (mm)	748,4	748,7	748,7
Luftdruck (mm)	9,9	13,0	12,8
Luftfeuchtigkeit (pCt.)	43	72	86
Wind (0—12)	NW 4	W 2	W 3
Wetter	heiter.	bedeckt.	bedeckt.

Stadensmüthliche Nachrichten.

1. Schloffer Bruno Müller, 45 J. - Gf. des Bureaudirektors Paul Pfeiffer, 9 Mon. - Alfred, S. des Schmieders August Schindel, 7 Mon. - Erich, S. des Schneiders Paul Korb, 6 Mon. - Rentier Carl Korb, 6 Mon. - Elfrida, S. des Barbiers Franz Bednara, 8 Mon. - Paul, S. des Arbeiters Paul Korb, 6 Mon. - Diener Florian Korb, 6 Mon. - Arbeiter Gustav Hoffmann, 24 Jahr. - Gertrud, T. des Schlossers Wilhelm Somari, 6 Mon. - Mar. S. des Arbeiters Paul Korb, 6 Mon. - Melania, T. des Einlassers Arthur Stiel, 22 Ja. - Mar. S. des Arbeiters Friedrich Kolash, 7 Jahr. - Hauswirthin Rosalie Herrmann, 68 J. - Schuhmacher Gustav Müller, 81 J. - Schneidersfrau Christiane Andrazejonski, 68 J. - Verbeil. Wirt Dr. Margarete Humble, geb. Siffert, 28 Jahr. - Magdalena, T. des Restaurateurs Carl Wiesner, 10 Mon. - Martha, S. des Müllers Karl Viertel, 25 J. - Wittfrau Anna Weiland, geb. Ködner, verw. gew. Briesner, 56 J. - Alons, S. des Schlossers Paul Korb, 3 Mon. - Walter, S. des Tapezierers Dolar Spinke, 6 W. - Karl, S. des Tischlers Florian Ulrich, 9 J. - Hulda, T. des Maurers Robert Wurler, 6 Jahr. - Kutscher Hermann Langner, 51 J. - Mechanikerin Bertha Nierlich, 35 J. - Friedrich, S. des Sattlers Theodor Wier, 11 Jahr. - Walter, S. des Hauswirths Paul Korb, 2 Jahr. - Martha, T. des Eisenwärters Carl Schütz, 11 J. - Erna, T. des Fleischers Wilhelm Weis, 1 J. - Martha, T. des Hilfsweidners Ernst Sturm, 8 J. - Verm. Musikant Marie Pappenhilf, geb. Katerne, 73 J. - Kutscherin Ernestine Berner, geb. Demmig, 54 Jahr. - Dienerswitwe Emilie Wandler, geb. Klein, 76 J. - H. Formier Bruno Herba, 47 J. - Jungbier August Hofman, 59 J. - Rudolf, S. des Tapezierers Paul Kühn, 1 J. - Hedwig, T. des Kesselfeigers Daniel Polens, 1 Mon. - Eisenbrennerin Maria Gander, geb. Eper, 42 J. - Maurergesellenwitwe Rosina Febrnach, geb. Kellner, 64 J. - Ledige Arbeiterin Karoline Schich, 53 J. - Hauswirthin Gertrud Korb, 65 J. - Marie, T. des Schneiders Johann Korb, 4 J. - Rudolf, S. des Buchhalters Paul Schödel, 26 Jahr. - Dienerswitwe Katharina Sieder, geb. Braubilla, 71 Jahr. - Led. Mütterin Bertha Klich, 23 J. - Wilhelm, S. des Arbeiters Adolf Feinke, 8 Mon. - Led. Hauswirthin Josef Grindel, 32 J. - Geschäftsführer Dolar Korbmann, 38 Jahr. - Buchhalter Hermann Frank, 51 J. - Gertrud, T. des Schuhmachers August Korb, 1 Jahr. - Kapellmeister Carl Fieze, 25 Jahr. - Maurersfrau Pauline Hoffmann, geb. Weisel, 62 J. - Schneidemeister August Steiner, 57 Jahr. - Johannes, S. des Arbeiters Albert Brachtel, 8 W. - Militär-Invalide Georg Prayogogli, 33 J. - Klempnerwitwe Rosalie Wambel, geb. Hofant, 62 Jahr. - Arbeiterin Gertrud Klauer, geb. Samischel, 23 J. - Barkeffiker Franz Korb, 59 J. - Alfred, S. des Schneidemeisters Dolar Neugebauer, 5 J. - Pabenschlosserfrau Anna Hoffmann, geb. Marks, 59 J. - Anna, T. des Maurers Carl Hoffmann, 7 Mon. - Dolar, S. des Schlossers Dolar Scholz, 3 Stunden. - III. Musiker Wilhelm Juhl, 56 J. - Arbeiter Dr. phil. Adolf Hartmann, 57 J. - Rabelmeier a. T. Emil Gen, 63 J. - Maurerpolier August Weichsel, 42 J. - Hermann, S. des Schneiders Gottlieb Wuttke, 21 J. - Maschinenarbeiter Wilhelm Tbiel, 46 J. - Verm. Müller Emilie Stiller, geb. Feder, 70 J. - Verm. Maurerpolier August Kreider,

geb. Hofmann, 38 J. - Verm. Drechsler Emilie Preuß, geborene Sommer, 74 J. - Verbeil. Kaufmann Maria Seltmann, geborene Dusch, 80 J. - Verbeil. Schuhmachermeister Emma Stephan, geb. Lehmann, 24 J. - Walter, S. des Kesslers Paul Böbel, 1 J. - Mar. S. des Eisenbahn-Stations-Assistenten Bruno Febrlich, 4 J. - Maria, T. des Schuhmachermeisters Gustav Selgelmann, 8 W. - Hedwig, T. des Monteurs Carl Weller, 1 Mon. - IV. Maria, T. des Kontoristen Alfred Schöler, 8 Wochen. - Landgerichtspräsident a. D. Julius Jekel, 73 J. - Alfred, S. des Hauswirths Michael Jener, 1 Jahr. - Hermann, S. des Arbeiters Hermann Steger, 9 Wochen. - Eisenbahn-Schreiber Rechnungsrat Gustav Sommer, 57 J. - Arbeiterin Emma Schauer, 16 Jahr. - Julie, T. des Tischlers Franz Schuchke, 4 Wochen. - Verbeil. S. des Buchhalters Mar. Weis, 11 Mon. - Verm. Fleischermeister Marie Saana, geb. Stephan, 60 J. - Fleischermeister Simon Gluckmann, 43 J. - Bahnarbeiterin Christiane Krause, 23 J. - Martha, S. des Militärinvaliden Verbeil. Säbner, 11 Wochen.

Briefkasten.
Striesan. Gefang- und andere Vereine können laut Beschluß der Preiscommission keine Berücksichtigung im Vereinskataloge mehr finden.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.
Gewerkschaftshaus.
Mittwoch, den 12. Juli:
Katteler-Radsport-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.
Donnerstag, den 13. Juli:
Maler-Verband. Abends 8 Uhr: General-Versammlung im großen Saale.
Freitag, den 14. Juli:
Ganarbeiter. Abends 8 Uhr: Mittags-Veranstaltung.
Sonntag, den 15. Juli:
Töbter-Verband. Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 2.
Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Distrikt I (Gräblicher Vorstadt).
Bezirk 1, 3 u. 4. Mittwoch, den 12. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft und Jahlabend. Es ist Pflicht aller Mitglieder pünktlich zu erscheinen. Die Bezirksführer.
Distrikt II (Mikolaj-Vorstadt).
Donnerstag, den 13. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und deren Stellvertreter. Abrechnung. Die Bezirksführerbücher sowie Mitgliedsbuch sind behufs Kontrolle mitzubringen. Erscheinen ist Pflicht.
Bezirk 13. Donnerstag, den 13. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jahlabend. Besprechung über den schon erwähnten Ausflug. Alles erscheinen.
Distrikt VI (Ohlauer Tor).
Bezirk 71. Mittwoch, den 12. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Jahlabend im Gewerkschaftshaus, pt. Der Bezirksführer.

Distrikt VIII (umfassend die Bezirke 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36 [Steinburg] und 37.)
Bezirk 30. Sonntag, den 16. Juli, Vormittags 10 Uhr: Jahlabend im bekannten Lokal. Hilfsfahrräder werden ersucht, die Bahnen mitzubringen.
Bezirk 35. Sonnabend, den 15. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Bezirksführer.
Distrikt IX (Gabis) (umfassend die Bezirke 31, 32, 33, 34, 35, 36.)
Für den 32. Bezirk ist an Stelle des Genossen Peimale, Genosse Fritz Kabisch, Zimmerer, Gabisstraße 49, als Bezirksführer gewählt worden. Der Distriktsführer.
Distrikt X (Hörsing-Neutrag-Billa.)
Donnerstag, den 13. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer. Es wird ersucht, Marken und Bezirksbücher mitzubringen wegen Abrechnung vom Quartal. Um pünktliches Erscheinen bittet. Der Distriktsführer.
Distrikt XI (Oberior).
Mittwoch, den 12. Juli, Abends 8 Uhr: Distrikts-Zusammenkunft, sämtliche Mitglieder des Distrikts sind hierzu eingeladen. Der Distriktsführer.

Oswitz. Schläger, Transportarbeiter! Sonntag, den 16. Juli, Vormittags 10 Uhr, Zusammenkunft bei August Grünh. Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen, zu erscheinen.
Der Kassierer.
Oswitz. Achtung, Banarbeiter! Sonntag, 16. Juli, Vormittags 10 Uhr, Zusammenkunft im Wirtshaus. Sämtliche Kollegen müssen erscheinen.
Der Bezirksführer.
Oswitz. Achtung, Metallarbeiter! Sonntag, 16. Juli, Vormittags 10 Uhr, Zusammenkunft im Gerichtskreischaus. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht.
Der Bezirksführer.
Oswitz. Achtung, Schiffszimmerer! Sonntag, 16. Juli, Vormittags 10 Uhr, Zusammenkunft im Gasthaus „Zur Linde“. Alle Kollegen zur Stelle.
Der Kassierer.
Striesan. Wahlverein. Sonntag, den 16. Juli, Nachmittags 3 Uhr, Versammlung. Abrechnung. Diskussion über das neue Organisationsstatut. Da ein Abrechnungsverzeichnis der Mitglieder angefertigt werden soll, ist es Pflicht jedes Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.
Neustadt O.S. Achtung, Kasinovereinmitglieder! Sonntag, den 16. Juli, Abends 8 Uhr, findet die halbjährige Generalversammlung statt.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten“ und die Inserate: Franz Mühs; - für die Rubrik: „Aus Schlessen und Posen“: Robert Albert; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“: F. W. Franz Mühs. Redaktion und Expedition: Neue Gumpenstr. 5/6. - Verlag von Oskar Schütz; - Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. - sämtlich in Breslau. - Ausgabeort: Breslau. Hierzu 1 Beilage

Sommer-Theater
(Mehrsch. Etablissement)
Direktion: Hermann Haller
Deute Mittwoch:
Zum letzten Mal
Eine Hochzeitsnacht
(Une nuit de Noes)
Schauspiel in drei Akten.
Im Garten:
Mittwoch: **Reindel.**
Donnerstag: **Horschler.**

Verkehrsbüro Barasch
2. Schüler-Ferienjahre
ins Riesengebirge.
Dienstag, den 25. Juli cr.
unter Leitung
eines Königl. Seminarlehrers.
Anmeldungsfrist
20. Juli cr.
Programme und Auskünfte
1805 vom
Verkehrsbüro Barasch
Breslau, Ring 31/32.

Verspätet.
Am 9. d. Mts. verschied unser Kollege
Franz Kraut
im Alter von 69 Jahren. 1804
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Sektion der Parkettleger.

Achtung! Gottesberg und Umgegend! Schuhwaren
in grösster Auswahl
zu billigsten Preisen.
Arbeitsstiefel und Schuhe, nur gute Handarbeit, empfiehlt
Paul Stammwitz, Schuh- u. Stiefel-Lager
Färbensteinerstr. 32.
Farbige Schuhe jetzt billiger!

SCALA
Nikolaistrasse No. 27
Nur noch 4 Abende!
Der Kopfläufer Gobson,
Hier die letzten
11 Spezialitäten.
Entrée 10 Pfg.
Im kleinen Saale:
Die Hangerkünstlerin
Fr. Marie Buschart.
11. Tag.
Tag und Nacht zu sehen.

Anzüge
Ueberzieher
= Möbel =
Kindertwagen
auf Abzahlung.
Nachweislich in
Breslau
kleinste Anzahlung.
Max Biermann,
Ring 51, erste Etage
(neben der Stadtgasse).
filialis
in 1738
Waldenburgi. Schl.
Auswärts franko.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem geehrten Publikum von Breslau und Umgegend die
ergebene Mitteilung, daß ich am 1. Juli d. J.
17 Kupferschmiedestraße 17,
Ecke Schmiedebrücke, ein
Spezial-Korssett-Geschäft
eröffnet habe. Durch 10 jährige Tätigkeit im Korssett-Geschäft
des Herrn Paul Kowitz bin ich in der Lage, selbst den weit-
gehendsten Ansprüchen gerecht zu werden. Ich werde stets ein
reichhaltiges Lager sämtlicher Neuheiten vom einfachsten bis
zum elegantesten Genre zu soliden Preisen vorrätig haben und
bitte Guter Hochwohlgebornen um geneigten Zuspruch
Hochachtungsvoll
1806
Hulda Fischer.

Das Fabrik-Lager der größten und leistungsfähigsten Kinder-Wagenfabrik Deutschlands
1628
„Marke Brennabor“ ist
Moltkestr. 8-10
A. Glaetzer.
Lager von ca. 500 Wagen in
billigen und feinsten Neuheiten im
Preise von 12-80 Mk.
Preisliste nach ausw. gratis u. franko.
Franko-Versand nach allen Stationen.

Palmengarten
Dir.: H. Krusinsk.
Neue Kapelle
Österreichisches
Damenorchester.
Dir.: **Klinger.**
Entree frei!

Gruppenbild
der
gesamten sozialdemokratischen
Reichstags-Fraktion.
Preis
60 Pfennige.
Erschätlich durch die
Expedition nach Kolportage.

ORKAN
FAHRRÄDER
Sind die
besten
1 Jahr Gar. 75, 85, 100 Mk.
Elite-Fahrräder, 1 Jahr Gar.
59 Mk. 1523
Corona-Fahrräder, Mod. 1905
105 Mk.
Bek. 2, 75, 3, 00, 4, 50 Mk.
Fahrlänge 2, 40, 3, 00, 4, 00 Mk.
Sattel 1, 70, Sattel 1, 30 Mk.
Pedale v. Paar 1, 75 Mk.
Kompl. Vorderrad 4, 50 Mk.
Schwamper dem. 0, 75, 1, 25.
Stiel Pumpen 0, 70 Mk.
Berichte meinen 120 Seiten
hart. Hauptkatal. gratis u. franko.
Bornb. Wedler
Breslau.
Hauptst. Klosterstr. 15.
Filial: Gr. Grossestr. 14.

Züchtiger Bandsägenschnneider
kann sich selbst
F. Becker, Polenerstr. 38.
Ausstattungs-Möbel, neue u. geb. Pian. Schränke, Vertik., Schreibt., Rollbureau, Sehr., Zwieng., Sofa, Vertikalen, Tische, Stühle, Wascht., u. a. m. verl. **Schaup, Kirchstr. 5.**
Eine geb. Singer-Maschine f. 18 Mk. k. Rosenfeld, Neumarkt 1. 1725

Ausstattungs-Möbel
empfiehlt ebenso billig, wie in eigener Werkstatt
in Nussbaum und Erie.
Blüschgarnituren v. 120-200 Mk. Spiegel m. Schränkch. 35-50 Mk.
Divan m. Möbelstoff 40-50 Sofalische . . . 10-36
- m. Moquetteplisch 55-65 - Ausziehtische . . . 20-100
Bordlofa m. Tischen 85-130 - Schreibtische . . . 55-130
Bettstelle m. Matratze und Keilissen . . . 28-60
Schränke . . . 24-85 - Nachtsch. mit Marmorplatte . . . 14-30
Vertikows . . . 24-80 - Stühle . . . 3,50-10
Trumeau m. Facette-glas . . . 45-80
Rüchen-Möbel in verschiedenen Farben, sowie Luxus-Möbel in großer Auswahl, enorm billig, nur bei
H. Scheuermann, Matthiasstrasse 45.

Zeltgarten.
Dir.: H. Krusinsk.
im Garten, Sommerbühne.
Täglich:
Künstler-Vorstellung
12 erstklassige Nummern.
Zahl
Konkurrenz-Rad-Wettrennen
auf der Bühne.
Sente Mittwoch-Prämien-fahrt zwischen Herren Richard Heiderreich Reinhard Scholz Georg Heiderreich außer Konkurrenz.
Fahr 10, Reize 20 Pf.

Pfandleihe Münzstr. 2 C. Freundt. 1771
Answärts briefl.
Reinhold Richter's Getreidekorn-Brennerei,
Breslau X, Matthiasstr. 149, Werberstr. 43 (Telephon 8717)
empfiehlt ihren anerkannt guten Korn in Gebinden und Flaschen, sowie den
1404
rühmlichst bekannten **Kraft-Korn.**
Das Arbeiter-Recht
von Arthur Stadthagen.
Der Preis für das gebundene Werk ist 7 Mk., dasselbe ist auch in 28 Heften à 20 Pfg. zu beziehen.
Erschätlich durch die Expedition und Kolportage.

Um unsere Sache handelt es sich!

Genossinnen und Genossen! Zur Unterstützung der im Zarenreich um ihr Leben, um ihre Freiheit, um ihre Menschenwürde kämpfenden Sozialisten und Rebellen hat der Sozialdemokratische Verein für Breslau beschlossen, Sammellisten herauszugeben, damit jedem Freiheitsfreunde in Breslau Gelegenheit gegeben ist, nach Kräften zu helfen, Not und Elend zu lindern.

Die russischen Revolutionäre kämpfen nicht nur für sich, sondern für das gesamte Proletariat, nicht zum wenigsten für uns Deutsche, denen das russische Schergentum bisher ein Haupthindernis zur Erlangung der Befreiung aus Junkerherrschaft und Kapitalbedrückung gewesen ist.

Tu res agitur! Um deine Sache handelt es sich! So sagte ein preussischer Minister, als er die Königsberger Blamage einleitete. Wir antworten:

Um unsere Sache handelt es sich, wenn in Russland die Freiheit grausam zu mordend versucht wird, wenn die Besten Russlands dem barbarisch: Schareregiment zum Opfer fallen.

Um unsere Sache handelt es sich, wenn es, wie wir von ganzem Herzen hoffen, dem russischen Volke gelingt, das verbrecherische Joch zu stürzen.

Um unsere Sache handelt es sich, wenn die russische Korruption, als Hort der internationalen Reaktion, nicht mehr vor den Wagen der europäischen, namentlich der deutschen, Reaktionäre gespannt werden kann.

Um unsere Sache handelt es sich, wenn Russlands Volk rächt, was seine Regierung in Jahrhunderte langen Verbrechen der Kultur, der Menschheit geschadet hat.

Deshalb helf!

Jeder trage sein Scherlein zur Unterstützung der Braven in Russland bei! Helf, daß die Revolution in Russland siegreich bleibe, damit auch uns die Bahn frei werde zur Erlangung der Freiheit!

Noch die Solidarität!

Gelder nimmt die Redaktion der „Volkswacht“ entgegen.

Sammelisten sind von morgen an bei den Distriktsführern, sowie in der Redaktion der „Volkswacht“ zu haben.

Der Vorstand

des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Ausgewiesen und nicht ausgewiesen.

In einer Zeit, da der Reichspolizist höchst eigenhändig die Feder ansetzen muß, um unbenommene Wahrheiten aus dem Lande zu weisen, da ist es sicher nicht unangebracht, daran zu erinnern, daß alljährlich eine Menge Ausländer nach Deutschland importiert werden, ohne daß sie die Ausweisung zu befürchten hätten. Diese Ausländer kommen allerdings nicht, um die deutschen Arbeiter aufzuklären, sondern um durch Streikbruch sie zur Nieder-

haltung ihrer Lebenshaltung zu zwingen. Kein Polizeipräsident, kein Reichskanzler erhebt seine Stimme, um der Arbeiterschaft ihr Koalitionsrecht gegenüber dem Unternehmertum zu wahren, die ohne „vaterländische“ Strupel die Streikbrecher aus aller Welt zusammenhalten und unter polizeilichen Schutz stellen.

Die „Baugewerkszeitung“, das Organ des mehr wie hinreichend bekannten Oberscharmachers Felisch, veröffentlichte in ihrer Nr. 25 ein Rundschreiben, welches der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe an die baugewerblichen Korporationen Deutschlands gerichtet hat. Das Rundschreiben enthält Anweisungen über die Beschaffung ausländischer Arbeitskräfte, besonders italienischer, böhmischer und ungarischer Maurer für den „Barbassall“. Es werden alsdann folgende Adressen von Personen und so weiter angegeben, durch deren Vermittlung die in Streitfällen auch „für den Staat so besonders nützlichen Elemente“ ausländischer Lohnbrücker bezogen werden können:

- Cecconi Francesco, Spillimbergo
Niggi Stefan, Muina di Dora
Giuseppe Cecutti, di pio Batta Novat, Clancello presso Spillimbergo
Luigi Brovedani, Treppo-Carnico
Eugenio Biana, Ambrico-Enemungo
Silvotto Leonardo, Amaro-Carnico
Luigi Colledani, Maurerpolier, Clancello
Vietro Brovedani, Maurerpolier, Clancello
Luigi Endrigo, Corbenons
Johann Feruglio, Caneda di Tolmezzo
Eugenio Boffi, Maurerpolier, Pinzano allagliamento
Eugenio Cacciti, Maurerpolier, Caneda di Tolmezzo
Antonio Cassini, Maurerpolier, Caneda di Tolmezzo
Guiseppe di Sopra, Maurerpolier, Rigolato-Cornico
Eugenio Calligaro, Maurerpolier, Buia
Vittorio Del Agnola, Maurerpolier, Vito Dasio
Sino Cominotti, Maurerpolier, Flagogno
Luigi Sovracasa, Maurerpolier, Rigolato-Dvoro
Antonio Clarin, Maurerpolier, Pinzano allagliamento
Luigi Sovracasa, Maurerpolier, Turmonzo-Fressis
Vivotti Giovanni, Maurerpolier, Enemungo-Fressis
Daniele Scholin, Maurerpolier, keto Riente (Vost Bielanga)
Vietro di Similian, Maurerpolier, Arda bei Maniagg
Baragutti Vittorio, Maurerpolier, Cassiaco
Gulippe Rodari, Colanola di Colli, Verona, Italia
B. Colussi, Aestia, Italia
Antonio Galardo, Bauführer, Forgoria-Italia
Italienischer Arbeiter-Sekretariat in Basel, Rämlelnbachweg 14
Daniele Sorabito, Maurerpolier, Dresden, Terrassengasse 18
Anton Maier, Maurerpolier, Feingruben bei Peischau
Josef Schöninger, Maurerpolier, Feingruben bei Peischau
Wenzl Wacha, Maurerpolier, Breclia
Polata, Maurerpolier, Gabug
Thomas Wolff, Maurerpolier, Jales
Simon Pbin, Maurerpolier, Reichenberg, Färbergasse 20
Bastian, Agent in Strassburg i. E.
Siegmund, Maurerpolier, Woinowitz bei Rathbor und für Inserate „Oberösterreichischer Arbeiter“ in Ratibor in Oberösterreich.
Adam Pelzer, Maurerpolier in Tolna-Ungarn für ungarische Maurer- und Zimmererellen.
Stefan Jure, Zimmermann in Tolna-Ungarn für ungarische Zimmerer.

Es heißt denn weiter: Staatlicher Arbeitsnachweis Budapest für ungarische Maurer und Zimmerer (wird nur im äußersten Falle zur Benutzung empfohlen, da er fast ausschließlich ungarisch sprechende Leute zuweist).
Für die Erlangung italienischer Arbeitskräfte kann die Aufgabe von Anzeigen in der Freiburg. B. erscheinenden italienischen Arbeiterzeitung „La Patria“ empfohlen werden; freilich ist uns auch ein Fall (Arbeitsgeberverband zu Offenbach a. M.) bekannt geworden, in dem entsprechende Anzeigen in diesem Blatte vollständig fruchtlos geblieben sind und die um Zuweisung von Arbeitern angegangene Administration der Zeitung erklärte, daß alle Erfahrungen ihr nicht gestatteten, Arbeiter in Streikgebiete zu entsenden.
Otto Thomas, Agent in Halle a. S. (derselbe ist von verschiedenen Verbänden als empfehlenswert, von den Verbänden in

Dresden, Rathenow und Stenbal jedoch als unzuverlässig bezeichnet worden).

Florio Caselli, Maurerpolier, Liebenau (Neumark) bei Schlabau, hat mehrfach gute Vermittlungsdienste geleistet, beim Verbands in Rathenow sich jedoch höchst unzuverlässig gezeigt.

Ueber Giovanni Battista Reici, Maurerpolier aus Pinzano allagliamento (Italien), Halle a. S., Winklerstr. 11, ist das gleiche wie über Caselli zu sagen.

Zur Beschaffung von böhmischen Maurern und Bauhandarbeitern erbotet sich auch häufig ein Maurerpolier F. Stanelle, bisher Be. Str. Reibelsfr. 2 wohnhaft, welcher die Streikorte den öffentlichen Plätzen entnimmt.

Fast überflüssig zu sagen, daß in dem Rundschreiben die italienischen usw. Maurer zwar als vielfach leistungsfähig, unfähig, dafür aber als äußerst genügsame, fleißige und nüchterne Leute geschildert werden, welche auf eine lange tägliche Arbeitszeit halten und sich für Gewährung von Schlaf- und Erholung gegen geringes Entgelt sehr erkenntlich zeigen. Kurz, die Leute haben alle Eigenschaften, die man von Streikbrechern nur irgendwie verlangen kann.

Jaures, Adler, Greulich, Todeschini, Bernerstorffer, Ellenbogen, Kröhllich — Namen von Meltruf, werden ausgewiesen! Nicht einmal reden dürfen sie in Deutschland!

Die importierten Streikbrecher aber nimmt die hohe Polizei in huldreichem Schutz gegen „Belästigungen“ Streikender!

Aber: „was dem Jupiter geizt, geizt keinem Dämon!“ wird der zitatenbewanderte Bülow sagen.

Die Personentarifreform.

Der preussische Eisenbahnminister v. Budde hat im Abgeordnetenhaus am 1. Juli über die beabsichtigte Personentarifreform so genauen Aufschluß gegeben, daß man wohl übersehen kann, welche Tragweite die geplanten Änderungen der Tariffsätze haben werden. Vor vierzehn Jahren stand die preussische Eisenbahnverwaltung noch auf dem Standpunkt, daß die Tariffsätze für den Personenverkehr ermäßigt werden müßten. Sie rechnete sogar, ohne daß die Reform dadurch von vornherein gleich zum Scheitern gebracht worden wäre, mit einem möglichen Einnahmehausfall von 35 bis 40 Millionen Mark. Am 5. März 1891 veröffentlichte der „Reichsanzeiger“ die Grundzüge dieser Personentarifreform. Der Eisenbahnminister v. Manbach beabsichtigte die Tarife unter Aufhebung der vierten Wagenklasse so umzugestalten, daß künftig an Fahrgehalt pro Kilometer die nachstehenden Pfennigbeträge zu zahlen wären (in Klammern die nach der bisherigen Sätze an):

Table with 4 columns: I. Klasse, II., III., IV., Personenzug, Schnellzug, Ein- und zurück. Values range from 6 (8) to 2 (4).

Die damalige Tarifreform war im Vergleich zu der jetzigen geradezu fortschrittlich zu nennen. Trotzdem wurde sie von den liberalen Parteien als gänzlich unzulänglich bezeichnet. Der Abg. Broemel brachte im preussischen Abgeordnetenhaus einen Antrag ein, in welchem eine viel weitergehende, durchgreifende Ermäßigung der Tariffsätze aller Klassen und eine Vereinfachung des Tariffsystems für den Personenverkehr verlangt wird. Minister v. Manbach bekämpfte zwar diesen Antrag, erklärte aber ausdrücklich, daß auch die preussische Eisenbahnverwaltung in der Richtung des Antrags Broemel vorgehen wolle. Der Minister führte damals auf die Rede des Abg. Broemel aus:

Vorredner vergißt, welche Aufgabe der Verwaltung im Laufe der Verstaatlichung oblag. Die Verwaltung hatte dafür zu sorgen, daß die Ungleichheiten der Tarife der zahlreichen Bahnen beseitigt würden. Es ist richtig, daß das allgemeine Niveau der Tarife stationäres geblieben ist. Die Verwaltung ist mit einzelnen Erleichter-

Aus aller Welt.

Schiller-Verächter. Bekanntlich weigerten sich die katholischen und auch einige evangelische Pastoren der Elberfelder Volksschulen, den Schullindern der Oberklassen das von der Stadtverwaltung für diese Schulen aus Anlaß der Schillerfeier gestiftete Schillerbuch zu überreichen, weil darin die „Ränber“ in ungelängtem Text enthalten waren. Die Schulmänner ließen sich in dieser Weigerung auch nicht irre machen, als die Mehrheit der Stadtverordneten wiederholt beschloß, die Schillerbücher müßten unbedingt von den Pastoren den betreffenden Schulklassen unverzüglich ausgeteilt werden. Schließlich wandte sich der Stadtschulrat auf Anregung des Stadtrats direkt an die Eltern mit folgender Postkarte: Statt eines Stadtvorordnetenbeschlusses soll Ihnen Kunde ein Schillerbuch übergeben werden. Das Buch lagert im Rathaus, Zimmer 50 und wird dort gegen Vorzeigung dieser Karte, was bis zum 27. Juni geschehen sein muß, abzugeben werden. Sie wollen demgemäß das weitere baldmöglichst veranlassen. Nach Ablauf des 27. Juni wird über das betreffende Buch anderweitig verfahren werden. Elberfeld, den 23. Juni 1905. Der Abgeordnete Dr. Woodstein. Der Termin ist nun längst abgelaufen, aber im Rathaus zu Elberfeld, Zimmer 50, lagern noch sämtliche Schillerbücher; es fehlt auch nicht ein einziges Exemplar.

Folgen ultramontaner Verhöhnung. Bekanntlich wird von fanatischen katholischen Gläubigen in Worms noch obendrein eine gemeine und gewissenlose Dose gegen die beiden jungen Mädchen verübt, an denen der saubere Probst Walz sich vergangen hatte und die im Prozeß als Hauptzeugen auftraten. Am Sonntagabend stand vor der zweiten Strafkammer in Mainz die 33jährige Frau des Fabrikantens Veer Buchter, wohnhaft in Worms. Die Angeklagte hatte am 6. Mai die vierzehnjährige Hedwig Schmidt, eine der Belastungszeuginnen im Prozeß Walz, in nicht wiederzuerkennender absonderlicher Weise bedrängt. Sie behandelte die jugendliche Ehre des vierzehnjährigen Mädchens und behauptete auch, das Mädchen habe im Mainz-Prozeß falsches Zeugnis abgelegt. Die Anklage will alles von einer Handeltstube aus dem Markt erzählt bekommen haben. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 50 M. Geldstrafe und in die Kosten, von einer Freiheitsstrafe wurde nur deshalb abgesehen, weil die Buchter noch unbeschäftigt ist. Derartige Gemeinheiten nehmen nicht wunder, da die ultramontane Presse und gewisse schwarze Katholiken sich nicht scheuen, Mainz mit einem Morienstein zu umgeben und ihn als Opfer antiklerikaler Verfolgungen hinzustellen.
Einzigeigen aus einer Wäckerlei. Vor dem Landgericht Wiesbaden I kamte gelegentlich einer Verhandlung gegen den Wäckermeister Josef Beer wegen eines Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz unbeschuldete Osterode Schwestern zur Sprache. Es wurde nämlich erwiesen, daß der ehrsame Meister, der nebenbei beim mit 7 Jahren Buhlschändung vorbestraft ist,

ein Jahr lang fast täglich alles verschimmeltes, von Mäusen angekrastenes Brot durch heißes Wasser aufweichte und dem für Hausbrot bestimmten Teig beimischte, daß er schmutziges Wasser, in dem er sich die Hände reinigte, zum Anmachen des Teiges verwendete, daß er, als er im Winter 1903/04 an beiden Armen mit einem eiterigen Auschlag befallen war, sich am Badgeschäft beteiligte, dabei seine beiden Arme mit dem sogenannten „Stumpfer“ (ein Instrument, mit dem die Samen geteilt werden) kratzte, und dieses Instrument, ohne es zu reinigen, sofort wieder bei der Arbeit verwendete. Der Angeklagte konnte diese Behauptungen nicht in Abrede stellen, er suchte sie nur zu beschönigen. Der Staatsanwalt verlangte die Aufhebung der Verhandlung, weil Anhaltspunkte dafür gegeben seien, daß der Angeklagte nicht nur ein Jahr lang, sondern auch früher diese Schweißereien getrieben habe. Das Gericht gab diesem Antrage statt, um dem Staatsanwalt Gelegenheit zu geben, das Beweismaterial auch nach dieser Richtung beizubringen.

Zu d in arischen Grabungsglied in Dortmund. Das Brandungsglied an der Seche „Dorussia“ hat, wie festgestellt, auch die in der Grube befindlichen 39 Vergleute als Opfer gefordert, die erstickt sind. Eine Vergütung der Leichen ist vorläufig noch nicht möglich, da die Strecke mit Rauch angefüllt ist. Die Toten müssen von der Rettungsmannschaft auf dem Rücken durch einen engen Rüstschacht getragen werden. Ein zweites großes Grabungsglied wird aus England gemeldet: In einem Kohlenbergwerk bei Rattstown in Glamorganshire fand eine Explosion statt. Man befürchtet, daß von den 120 Vergleuten, die sich zur Zeit im Bergwerk befanden, viele ums Leben gekommen sind.

35 Jahre eine Gewehrkuwet im Körper. Der Defonon Josef Sellauer von Breitenberg hatte im Kriege 1870/71 in der Schlacht bei Wörth als Soldat des 11. Infanterie-Regiments einen Schuß oberhalb des rechten Hüfes erhalten. Die Kugel lief den Verschlus der Wunde, die Kugel aufzufinden und zu entfernen, gelang nicht. Jahrelang blieb dieselbe in der rechten Hüfte stecken, dann konnte sie sich nach abwärts, weite wieder lange Jahre im Oberschenkel, und in den letzten Jahren trat sie unter der rechten Wade auf, weshalb sie fast eingeklappt unter den Wadenmuskeln zu fühlen war. Nach 35jährigem Aufenthalt im Körper machte sich ihr Dasein für Sellauer recht unangenehm bemerkbar. Durch eine kürzlich vorgenommene Operation wurde, wie die „Münch. N. Nachr.“ aus Weingheim (Niederrhein) melden, das Geschöß entfernt. Die herausgenommene Chalkosphingel ist unten und oben stark gedriekt, etwas gebogen und von erheblichem Gewicht.

Sechs Personen ertranken Sonntag Abend oberhalb Oberkassel durch Umschlagen des Bootes. Weiter: sechs wurden gerettet. Das Umschlagen des Bootes wurde durch die Schlagwellen eines vorbeifahrenden Dampfers herbeigeführt.

Mit Rosen in den Tod. In einer Blumenhandlung vor dem Haupt-Wirgstraße 26 in Berlin trat ein Herr heran und verlangte für 50 Pf. Rosen. Als er die Blumen erhalten hatte, jagte er der Verkäuferin, daß sie für sein eigenes Grab bestimmt seien. Die Frau sah nun, wie er an das Ufer der Spree herantrat, die Rosen in das Wasser warf und sofort hinterdreinsprang. Es wurden sofort Versuche mit dem Rettungsbrett gemacht, die der Mann aber verweigerte. Als sich gleich darauf in einem Kahn Hilfe der Unfallstelle näherte, war der Selbstmörder bereits in den Fluten verunfallt und kam nicht wieder zum Vorschein. Seine Persönlichkeit ist noch nicht festgestellt.

Neun Personen geistert. Aus Budapest wird gemeldet: In Thurod im Szatmarer Komitat kürzte bei einem Orkan eine Schewe ein, in der sich 60 Arbeiter befanden. Von diesen wurden neun getötet, die übrigen wurden verletzt.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß. Der Schnellzug, der 10 Uhr 23 Min. von Lüttich abgeht, fuhr, wie aus Brüssel gemeldet wird, bei Chaudfontaine auf einen Güterzug auf und entgleiste. Sieben Personen des Eisenbahnpersonals wurden verletzt.

Einsturz des zweiten Simplontunnels. Der kürzlich durchgebrochene zweite Simplontunnel ist eingestürzt. Die Röhre konnte dem Wasseranbrange nicht standhalten, wodurch die Steinmassen in Bewegung kamen. Die im Tunnel beschäftigten Arbeiter konnten sich noch rechtzeitig retten, nur acht Pferde, welche zum Schleppen der Karren verwendet wurden, wurden verschüttet. Es wurde sofort mit der Bormahme der Räumungsarbeiten begonnen, doch dürfte es einen vollen Monat dauern, bis die Durchschöpfung freigelegt werden kann.

Der tödliche Blitz. Das Gut Kolbow in Pommeren wurde durch Blitzschlag vernichtet. Drei Personen, 300 Schafe und 20 Zuchtpferde fanden dabei den Tod.

Verbot ne Experimente an einem Enthaupteten. Der „Boz. Anz.“ schreibt: Der Direktor des Raubhändlers Neumann wohnt in u. fünf Millionenärzte von der Leipziger Universitäts bei, die eigens nach Plauer gekommen waren, um unmittelbar nach dem Tode des Hauptes in wissenschaftlichem Interesse mit dem Leichnam Experimente vorzunehmen. In Anbetracht der Würde der ganzen traurigen Handlung, sowie um Gefühl und Gewissen des Volkes nicht zu verletzen, sah Oberstaatsanwalt Deutter davon ab, die Erlaubnis zu erteilen, und die Mediziner mußten unverrichteter Dinge wieder abreisen.

rennen vorgegangen: mit Akkordarbeiten, Saisonarbeiten, Heilarbeiten. Aber dieser Standpunkt ist nur als Uebergangspunkt zu betrachten. Man muß versuchen, langsam auf dem Boden fortzuarbeiten, um schließlich auf ein regelmäßiges Niveau zu gelangen, von welchem aus man weiter arbeiten kann. Ueber dieses Niveau verhandeln wir mit den anderen Bahnverwaltungen und in Preußen mit den Eisenbahnen. Unsere Wünsche gehen in der Richtung des Antrages Broemel. Aber wie dieses Ziel zu erreichen ist, mit welchem Apparat, welche finanzielle Wirkung dieses Verfahren haben wird, das muß erst geprüft werden.

Also auch die Eisenbahn-Verwaltung hielt es damals für eine Aufgabe der Verkehrspolitik, die Personentaxen fortzuschreiten zu ermöglichen. Unter der systematischen Opposition der Konservativen hat aber die preussische Eisenbahn-Verwaltung sich zu ganz anderen und zwar durchaus rückwärtlichen Anschauungen entwickelt. Gleich angefangen der Maybach'schen Reform setzte diese Opposition ein. Graf zu Eimburg-Strum führte am 18. März 1891 im Abgeordnetenhaus aus:

„Am politischen Interesse liegt es, die Kellerei nicht noch mehr zu fördern. Die Tarife sind nicht zu hoch; man könnte sogar fragen, ob nicht gar schon etwa zu viel erreicht ist. Die Einführung so niedriger Tarife, daß auch die ärmsten Klassen weitere Reisen ohne Opfer machen können, enthält eine soziale Gefahr.“

Auf diesen Standpunkt stellte sich schon der Nachfolger des Herrn von Maybach, der Eisenbahnminister Thelen, welcher eine Verbilligung des Personentarifses mit folgenden Ausführungen bekämpfte:

„Ich halte es durchaus nicht für wünschenswert, daß die Menschen noch mehr von der Heimat entfernt und auf die Landstraßen verwiesen werden. Es ist leider Gottes das schon in viel zu hohem Maße der Fall. Sie würden dadurch wieder reicher an individuellem Gut, noch an guten Eigenschaften ihres Leibes und ihrer Seele.“

Als dann später wieder die Personentarifreform auf-tauchte, da wollte die Eisenbahnverwaltung nichts mehr von einer Verbilligung, sondern nur noch von einer Vereinfachung der Tariffrage wissen. Und die Reform des Eisenbahnministers v. Budge ist denn auch nichts anderes als die Ausführung des Thelen'schen Reformprojekts. Zunächst soll die vierte Wagenklasse bestehen bleiben, die Herr von Maybach, opfern wollte. Herr v. Budge hält vom Standpunkt der Musikmacher die Aufhebung der vierten Wagenklasse für einen schweren sozialen Fehler. Es soll nun für die vierte Klasse der bisherige Satz von 2 Pfg. für den Personenkilometer bestehen bleiben. Für die übrigen Klassen soll zunächst die Rückfahrkarte ganz aufgehoben werden. Die Sätze für die höheren Klassen werden alsdann wie folgt berechnet: ein Zuschlag von 50 Proz. auf den Satz für die vierte Klasse ergibt den Satz für die dritte Klasse. Man erhält also für die dritte Klasse einen Satz von 3 Pfg., für die zweite bei einem Zuschlag von 50 Proz. auf den Satz der dritten Klasse einen solchen von 4,5 Pfg. und für die erste Klasse bei einem weiteren Zuschlag von 50 Proz. einen solchen von 6,7 Pfg. Dieser letztere Betrag wird aber auf 7 Pfg. abgerundet werden.

Nach diesen Sätzen würde sich für den Personenverkehr eine Verbilligung ergeben. Das kann jedoch beim heutigen Standpunkt der Eisenbahnverwaltung nicht zugelassen werden, und deswegen soll das Freizeitarif aufgehoben werden. Durch diese Aufhebung fehlt sich aber der Eisenbahnfiskus noch nicht befriedigt. Es sollen außerdem noch Schnellzugzuschläge erhoben werden. Aus diesem Schnellzugzuschlag hauptsächlich befürchtet man mit Recht eine Verteuerung des Verkehrs gegenüber dem bisherigen Zustande. Nun wird gerade von verkehrswirtschaftlicher Seite die Veseitigung des Schnellzug-Zuschlages aus sehr triftigen Gründen verlangt. Und das zwar aus dem einfachen Grunde, weil es im Interesse der Bahnverwaltung selbst liegt, den Reisenden so schnell als irgend möglich ans Ziel zu bringen. Aus diesem einig richtigen Gesichtspunkte heraus werden in England auch die Güter, selbst Kohlen, mit Schnellzügen gefahren. Weder in England, noch in der Schweiz, noch in Frankreich, noch in den Niederlanden, wo es zunächst nur Privatbahnen gegeben hat, und also rein geschäftliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind, hat es je einen Schnellzugzuschlag gegeben. Die ganze Personentarifreform des Herrn Budge bedeutet schließlich nichts anderes als eine Kamikaze der preussischen Eisenbahnverwaltung vor den Konservativen.

Vom Kriege.

Sachalin.

Über die Landung der Japaner auf Sachalin liegt folgende amtliche Bericht des Vize-Admirals Kataoka vor:

Das Schwadron kam bei Tagesanbruch am 7. Juli in den Gewässern der Insel Sachalin an. Nachdem das Schwadron antrifft, näherten sich die Transportschiffe und ein Teil des Schwadrons der Küste. Eine landmäßige Marineabteilung landete und besetzte eine im Voraus bestimmte Stellung. Zwischen 10 und 11 Uhr morgens wurde die Höhe des Insel von Korakow das Feuer auf unsere Schiffe, welche damit beschäftigt waren, das Meer abzusuchen. Doch brandeten diese erfolgreich ihre Aufgabe. Das Schwadron litt keinerlei Schäden. Am 8. Juli, Morgens wurden drei Schiffschiffe und zwei Torpedoboots abgefangen, um die Bewegungen der Landarmee bei der Einnahme von Korakow zu unterstützen, doch fanden sie Korakow bereits von unseren Truppen besetzt. Als um 2 Uhr Nachmittags die Torpedoboots in die Obstküste, hinter Korakow genannt, eintrafen, eröffnete der Feind ein heftiges Feuer aus Geschützen, welche schließlich zum Schwimmen gebracht wurden.

Vizeadmiral Kataoka meldet ferner, daß zwei Kreuzer und vier Torpedoboots mit Truppen an Bord Korakow verließen und, nachdem sie die Niederlassung am Kap Notoro beschoßen hatten, Truppen ausgeschifft und von dem Ort Weiz genommen haben. Die Gebäude und der Leuchtturm sind unbeschädigt. Vier Gefangene wurden gemacht.

Noch einmal Hoher-Ruhtrat.

Die Urkunden des Reichspräsidenten gegen den Kaiser werden am Dienstag vor dem Reichsgericht in Würzburg seinen Anfang nehmen, haben nur bereits mitgeteilt. Da die Staatsanwaltschaft dem Reichsgericht Dr. Sprenger als Hauptanwältin rekommierte und ihm deshalb das Recht der Vertretung abspachen wollte, wird vorgeschlagen

Sorge getroffen worden, einen anderen Vertreter in der Person des Reichsanwalts Jonaß-Altona zu wählen. Der Anlagewrite beabsichtigt denn auch richtig, seinen Antrag vor, der aber nach längerer Verhandlung abgelehnt wurde. Das Gericht beschloß dies aber in der Voraussetzung, daß Dr. Sprenger während der Vernehmung des Angeklagten den Gerichtsstand verläßt und an den Plädoyerer sich nicht beteiligt. Der erste Satz wurde mit der Vernehmung des Angeklagten angesetzt. Meyer hält seine frühere Anklage über Hoher-Ruhtrat aufrecht. — Post.: Es wird Ihnen bekannt sein, daß fast alle Zeugen, vielleicht mit Ausnahme von drei, das Gegenteil behauptet haben. Wollten Sie Ihre Aussagen aufrecht erhalten? Angeklagter (mit sehr bewegter Stimme): Ich habe bei meinen Aussagen nichts anderes gesagt. Ich bin seit 7 Monaten in Untersuchungshaft und häufig verhört worden. Ich kann nichts anderes sagen, als was ich in Protokoll gegeben habe. Auf weiteres Befragen bemerkt der Angeklagte, daß das Silbergeld häufig zur Erde geworfen wurde. Das konnte ich mir immer nehmen. Die Herren haben mir stets zu erkennen gegeben, daß nach Verabreichung der Getränke ich mich schleunigst zu entfernen habe. — Vorsitzender: Wissen Sie, um welche Beträge gespielt wurde? — Angeklagter: Nein. — Weiter bekannt weiter, er habe an den Spielabenden mit dem Gelde auf dem Fußboden zusammen etwa 60-60 Mk. Trinkgeld gehabt. Der Minister-Ruhtrat habe sich niemals Geld von ihm geliehen. Der Angeklagte gibt an, daß R.-A. Dr. Sprenger ihn wiederholt zu der größten Vorsicht ermahnt habe. Daß der Minister-Ruhtrat mit Referendaren und Offizieren mehrere Male gespielt habe, sei richtig. Weiter behauptet der Angeklagte, in der Untersuchung sei alles aufgehoben worden, um ein Ergebnis von ihm zu erreichen. Der Kriminal-Kommissar Böning habe so furchtbar auf ihn eingewirkt, daß er schließlich alles angab, wonach er gefragt wurde. In der Verhandlung gegen Schwepner in Oldenburg sei er in einer Weise vernommen worden, daß er ganz verzweifelt wurde. Bäre er in der Weise vernommen worden, wie heute, dann wäre es nicht passiert, daß er vernommen worden wäre und ihm Zeit zum Ueberlegen gegeben wäre, dann würde er erklärt haben: Es ist möglich, daß ich mich bezüglich des Herrn Referendars Christians irre. (Große Bewegung im Publikum.) Denn den Referendar Christians, der gleichfalls mit Minister-Ruhtrat gespielt haben soll, habe er dem Namen nach nicht gekannt.

Arbeiterbewegung.

Der Malerstreik in Hannover ist durch Vergleich mit dem Arbeiterverein beendet. In der Hauptfrage wurde ein Stundenlohn von 50 Pfennig verlangt. Da die Unternehmer nichts bewilligten, haben die Maler in den Streik, den sie mit derselben Energie wie im Vorjahre begannen, der beinahe 12 Wochen andauerte. Am 22. Mai begann der Streik und am 9. Juli wurde er beendet. Die Unternehmer kamen an der Einsicht, daß ohne annehmbare Zugeständnisse auf längere Dauer Ruhe im Gewerbe nicht zu hoffen ist, und so kam man dahin überein, einen Tarif abzuschließen bis zum 1. April 1904. Der Lohn beträgt bis zum 1. April 1906 nicht unter 48, bis 1. April 1907 nicht unter 48 und von da ab nicht unter 50 Pfg. pro Stunde. Die Bestimmungen, die von normaler Leistung bei unüblichen Arbeiten handelt, ist stehen geblieben. Bessere Leistungen werden nach Uebereinstimmung höher bezahlt. Jüngere Gehilfen erhalten einen etwas geringeren Stundenlohn. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Es wird eine Tarifkommission eingesetzt, aus beiden Teilen zu drei Mann, in der der Obermeister der Innung und der Malermeister abwechselnd den Vorsitz führen. Falls keine Einigung erzielt wird, soll der Vorsitzende des Gewerbegerichts anrufen werden. Der Tarif verlängert sich um ein Jahr, wenn er nicht bis zum 2. Januar idem Jahres, frühestens am 2. Januar 1908, gekündigt wird. Maßregelungen werden nicht vorgenommen. Damit ist einer der energichsten Kämpfe der organisierten Arbeiter-Hannovers beendet. Man hätte es hier mit einem über alle Massen heiligen Widerstande der Unternehmer zu tun, der für diese von Bedeutung deshalb ist, weil von Hannover aus die Gründung von Arbeiter-Verbänden im Malergewerbe betrieben ist und der Vorherrsche des hannoverschen Arbeitervereins auf dem Malermeisterkongress in München darüber ein Referat hielt und die Forderung der hannoverschen Malermeister besonders empfohlen hat. Deshalb ist das Gelingen ein großer Erfolg der Arbeiter.

Zur Ausperrung der Parawerker in München. Gewerbegerichtsrat Dr. Krauer hatte dieser Tage mit einer Abordnung des Arbeitervereins für das Baugewerbe eine Unterredung, um eine Parze zu finden, auf der der Frieden im Baugewerbe wieder hergestellt werden könnte. Die Arbeitgeber erklärten sich unter der Bedingung bereit, in Unterhandlungen vor dem Einigungsamt einzutreten, wenn sich die Vertretung auf alle im Baugewerbe interessierten Arbeiter-Kategorien erstreckt. In diesem Falle wäre der Arbeiterverein geneigt, einen Vertrag mit dem Gewerkschaftsverein, nicht aber mit den einzelnen Organisations abzuschießen. Hieran lud Gewerbegerichtsrat Dr. Krauer den Gewerkschaftsleiter Jacobson und die Vorstände der in Betracht kommenden Organisationen zu einer Unterredung, um deren Zweck über diesen Vorstoß zu hören. Ein Teil der Gewerkschaftsführer erklärte sich an diesbezüglichen Unterhandlungen bereit, die übrigen gaben keine verbindenden Erklärungen ab und wollen erst die Zustimmung ihrer Zentralverbände einholen.

Der Kongress der englischen Trades Unions wird sich in diesem Jahre mit der Renouveau eines Sekretärs für das parlamentarische Komitee zu beschäftigen haben. Auf der Tagesordnung stehen weiter verschiedene Anträge betreffend die Fabrikinspektion, das Trade Union und der Arbeitsvertrag für die Bergarbeiter. Die Führer der Sozialisten, William Thorne und Pete Curran, beide Sozialisten, bringen eine Resolution zugunsten der Unentgeltlichkeit der Schule und der Lehrmittel ein; ferner fordern sie die Vertretung in der Schule und die öffentliche Kontrolle über den Unterricht in allen Schulklassen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Juli 1905.

Rechtsanwälte von Ruf.

Es ist eine Erfahrungssache, daß sich die Rechtsuchenden mit Vorliebe solche Rechtsanwälte als ihre Vertreter oder Rechtsbeistände wählen, die den Ruf als gute Redner heischen. Das Publikum ist nämlich in seiner großen Mehrheit der Ansicht, je höher die rhetorische Leistung des Anwalts in seinem Vortrage sei, desto mehr würde das Richterkollegium durch ihn in seiner Stimmung und schließlich in seinem Urteile beeinflusst. Diese allgemeine Auffassung bei der Beurteilung der Tüchtigkeit und Auswahl eines Anwalts geht zum größten Teil fehl. Gewiß wird ein Rechtsanwalt, der es versteht, seinen Gedanken in herber und schwingvoller Weise Ausdruck zu geben, diesem Umstand manchen Erfolg zu verdanken haben, insbesondere bei einem Richterkollegium, das ausschließlich aus Laien zusammengefaßt ist, wie beispielsweise bei dem Schwurgerichte. In der Regel ist jedoch ein gutes, ja selbst ein glänzendes Plädoyer nicht den Eindruck auf die Richter aus, wie es dem oberflächlichen Beobachter scheint. Sowohl Berufs- wie auch Laienrichter besitzen Intelligenz und Urteilskraft genug, um sich ihr Urteil lediglich nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme zu bilden, und die selbst für die schönsten Worte unzugänglich sind, sofern sie nicht eine tatsächliche Unterlage besitzen. Ein gewöhnlicher Anwalt, dem wirklich das Wohl seines Klienten am

Herzen liegt, wird demnach den Schwerpunkt seiner Tätigkeit darauf legen, die Beweisaufnahme im Interesse seines Klienten günstig zu beeinflussen, und zwar in dem Sinne, daß er durch Herbeischaffung von neuen Beweismitteln, entsprechende Fragestellung an die Zeugen und Sachverständigen usw. einen objektiven Tatbestand schafft, der es ihm ohne große Wortverfälschungen in seinem Plädoyer leicht macht, die Richter zugunsten seines Klienten zu überzeugen. Eine erfolgreiche Tätigkeit des Rechtsanwalts in diesem Sinne setzt aber voraus, daß er die ihm übertragene Rechtsangelegenheit wirklich gründlich behandelt, d. h. sich durch das Studium der Akten und persönliche Konferenzen mit den Parteien auf das eingehendste über das Sachverhältnis informiert. In dieser Beziehung lassen es aber vielfach die Anwälte, die im Publikum einen guten Ruf besitzen und deshalb allgemein gesucht sind, an der erforderlichen Sorgfalt fehlen, weil ihnen ihre große Praxis eine gründliche Behandlung der ihnen übertragenen Rechtsangelegenheit unmöglich macht. Sie suchen dann durch reberische Leistung in der Hauptverhandlung bzw. in der mündlichen Verhandlung das zu erzielen, was sie in bezug auf Vorbereitung der Sache gefehlt haben. Derartige Plädoyers, die vielfach mehr für das Publikum als das Richterkollegium berechnet sind, hören sich zwar schön an, verfehlen aber meistens die beabsichtigte Wirkung. Auf die denkenden und urteilsfähigen Richter, und das sind doch wohl die Mehrzahl, machen schöne Redensarten, haben keine tatsächliche Stütze in der Beweisaufnahme gefunden, haben absolut keinen Eindruck. Ihr Urteil ist gebildet, nachdem die Beweisaufnahme beendet ist. Weder rechtsanwaltliche noch staatsanwaltliche Plädoyers sind dann im Stande, dieses Urteil zu beeinflussen.

Aus vorstehenden Darlegungen ergibt sich, so schreibt eine juristische Korrespondenz, daß es nicht immer rätlich ist sich an einen allgemein gesuchten Rechtsanwalt bei Uebertragung einer Rechtsangelegenheit zu wenden, sondern bei seiner Wahl auch Rechtsanwälte zu berücksichtigen, die, wenn auch keinen bedeutenden Ruf und Zulauf besitzen, so doch Gewissenhaftigkeit genug, die die Garantie gewährt, daß eine ihnen übertragene Rechtsangelegenheit gründlich behandelt wird. Gesuchte Rechtsanwälte von Ruf machen ihr Auftreten in der Regel auch von Zahlung eines sogenannten Extrahonorars abhängig, das das gesetzlich erwirkte Honorar weit übersteigt. Auch wegen dieser finanziellen Erwägung dürfte für viele unser Ratsschlag angebracht sein.

* **Proletarietbilder.** Im Breslauer Schiedsgericht für Arbeiterversicherung wurden gestern im Zeitraum von rund 2 Stunden 27 Invalidentagen erledigt, sodas zur Erledigung jeder einzelnen wieder etwas über 3 Minuten verwandt wurden. Unter anderem verdienen folgende Sachen eine Würdigung:

Die Behebungskrank Biqale war um Rente eingekommen, weil sie total erwerbsunfähig sein wollte. Sie macht einen sehr elenden Eindruck, der Körper ist stark abgemagert, die Haut schlaff. Die W. steht an der Grenze des hohen Alters. Der Vertrauensarzt stellt fest, daß die Frau an Bluthese, Entkräftung und Lungentarrax auf beiden Hüften leidet. Das Schiedsgericht bewilligt infolge dieses Gutachtens die Rente. Verworfen wurde die Berufung des Müllers Wilhelm Dressler, Breslau. Herzmuskelerweiterung und Lungentarrax sind seine Leiden, die er sich in seinem Beruf angeeignet hat. Der Arzt meint nun, daß Dr. als Müller immer noch arbeiten könne, die gesetzlich erforderliche Invalidität sei noch nicht vorhanden. Dressler selbst behauptet indessen, daß er seinen Beruf unter keinen Umständen mehr ausüben könne. Niemand nehme ihn, da es junge kräftige Leute genug gäbe. Diese Einwände nützte ihm aber nicht, sondern es wird sein Anspruch verworfen, da nach dem Gutachten des Arztes die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind. — Ebenso wurde die Berufung eines in mittleren Jahren stehenden Fräulein Dr. verworfen, die mit einem starken Ausdehnbefehl ist, der sie in der Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit sehr stört. Außerdem leidet sie an verschiedenen anderen Erkrankungen ihrer inneren Organe. Da der Arzt aber die Ueberzeugung vertritt, daß sie nur um etwa 30 Prozent erwerbsunfähig ist, wird ihre Berufung verworfen. Bant wolkens über diesen Ausgang bittet sie um Arbeit! Der Vorsitzende konnte aber nur aussprechen, daß das Schiedsgericht dazu nicht in der Lage sei. — Invalidentage ausgeprochen wurde dem Arbeiter Josef Schneider. Er verunglückte im vorigen Jahre, erlitt einen Oberkniebruch, der eine erhebliche Krümmung des linken Beines zur Folge hatte und ferner trat eine Lähmung des linken Armes ein. Es wurde ihm zunächst die Unfallrente zugesprochen, die er in Höhe von 66% Prozent bezog. Dann tarzierte das ärztliche Gutachten die Erwerbsverminderung unter dieser Abschätzung. Es scheint jedoch schlimmer zu sein, als damals festgestellt. Der anwesende Vertrauensarzt ist jedenfalls der Meinung, daß Schneider den gelähmten Arm selbstständig garnicht bewegen kann, wozu dann noch die anderen Gebrechen kommen. Er hält den Mann für invalide. Das Schiedsgericht erkennt dementsprechend.

Die Verhandlungen zeigen immer aufs neue, daß die Entscheidung über Sein oder Nichtsein der Rentenansprüche nicht bei dem Schiedsgericht, sondern bei dem einzelnen Arzte liegen! Das widerspricht aber durchaus dem Geiste des Gesetzes.

* **Was soll man bei der Hitze trinken?** In Norddeutschland, wo die Enthaltensbewegung in wenigen Jahren in überraschender Weise volkstümlich geworden ist, wird neuerdings von den Bauhandwerkern, Abstinenten und Nichtabstinenten, in den sogenannten Bauhuden auf ebenso einfache wie billige Weise ein außerordentlich schmackhaftes Getränk hergestellt, welches besonders in heißer Sommerzeit zur Stillung des Durstes höchst empfehlenswert ist. Die Herstellung desselben ist folgende: Man tut drei Eßlöffel gewöhnlicher Pasterisierzucker, eine halbe, in Scheiben geschnittene Zitrone und einen Teelöffel Buder in ein Gefäß, gießt einen Liter kaltes Wasser darauf, läßt die Mischung etwas stehen und gießt nach Bedarf dann in das Trinkgefäß. Der kühlende, vortrefflich schmeckende und dabei nahrhafte Trank eignet sich für Kranke und Gesunde in ausgezeichneter Weise.

* **Die Tischler-Innung** hielt am Montag in Pachtmuths Stabliement ihre dritte Quartalsversammlung ab. Es wurden 9 Lehrlinge als Gefellen freigesprochen und 42 Lehrlinge neu aufgenommen. Der Bestand der Innungsliste beträgt 1242,62 Mk., der der Sterbeliste 1568,75 Mk. und der der Witwenliste 1717,11 Mk. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Von den auf der Tagesordnung stehenden Punkten ist folgendes zu bemerken: Der Vorschlag des Vorstandes zur Wahl von Vertretern der Arbeitgeber für die Ortskonferenz der Tischler und Pianofortbauer wurde von der Versammlung genehmigt. Die Versammlung rügte, daß bisher seitens der Vertreter der Tischlerinnung in der Breslauer Handwerkskammer noch niemals ein Bericht über die Tätigkeit der Kammer erstattet worden ist, die Innung hätte das ledigste Interesse zu erfahren, was die Kammer

Mykowitz, 12. Juli. Drei Städte in Nammen drei furchtbare Verbrechen vollzogen, wie der „R. Z.“ berichtet wird, in den russischen Grenzstädten Grodno, Kieles und der Gemeinde Brunska Wola. In Grodno sind 97 Häuser, darunter ein Krankenhaus, in Kieles der Vorort Mielobnow vollständig von den Flammen vernichtet worden. In Brunska Wola bürdeten sechs Personen das Leben ein, darunter der Magistratsbeamte Stanislawski und seine Schwester.

Posen, 10. Juli. Beamte als Stadtverordnete. Die städtischen Beamten und Lehrer befinden sich in der „Johannenburg“. Sie sind schon im verfloffenen Frühjahr um Neuorganisation ihrer Gehälter beim Magistrat vorstellig geworden. Die städtischen Körperschaften haben daraufhin eine gemischte Kommission zur Vorbereitung eingesetzt, die auch mehrfach getagt hat. In der letzten Stadtverordnetenversammlung sollte die Neuorganisation der Gehälter für Beamte, Lehrer und Lehrerinnen zum Plenum beraten werden. Es kam jedoch anders. Zuerst fand eine lange Diskussion statt, ob die Stadtverordnetenversammlung angehörenden Personen und Lehrer über die Gehaltsangelegenheit mit beraten und abstimmen dürften, da diese Mitglieder an der Sache ein hervorragendes Interesse hätten, welches mit demjenigen der Stadt im Gegensatz (ein allerliebster Eingeländnis!) steht. Schließlich gelang man ihnen aber das Recht der Beratung und Abstimmung zu!! Hierauf gab Oberbürgermeister Dr. Wilms die Erklärung ab, der Magistrat habe zu der Sache noch keine Stellung genommen. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat ersucht, über die Neuorganisation der Gehälter nunmehr eine Vorlage zu unterbreiten.

Der Beschluss, daß die Beamten und Lehrer sich selbst ihr Gehalt erhöhen dürfen, stellt sich gemessen anderen Posen'schen Beschlüssen von früher wieder auf die Seite! Wir Sozialdemokraten fordern bekanntlich, daß Interessenten jeder Art sich der Abstimmung über eine Vorlage, die ihnen persönliche Vorteile bringt, enthalten. Es wird Zeit, daß die Arbeiter Posen's ein paar Sozialdemokraten ins Rathaus wählen!

— **Neue Sonderbestrebungen?** Den Zusammenschluß aller polnischen Gewerkschaftsvereinigungen bezweckte eine Versammlung, die, nach der „Ost. Post“, in Jersig stattfand und in der Byzeflot aus Dortmund als Hauptredner auftrat. Er bestrich vorwiegend den Zusammenschluß sämtlicher polnischen Gewerkschaften, um eine einheitliche polnische Gewerkschaftsorganisation zu schaffen. Ein Beschluss wurde noch nicht gefasst und soll sich mit dieser Frage eine neue größere öffentliche Versammlung befassen.

Die Arbeiter begehen damit einen großen Fehler. Gibt es doch bekanntlich in Deutschland keine andere als eine deutsche Gewerkschaftsbewegung. Der aber haben alle, auch die polnischen Arbeiter, anzugehören. Öffentlich beschließt die öffentliche Versammlung in diesem Sinne.

Posen, 12. Juli. Die marokkanische Frage und die Sparlauseinlagen. Seit einigen Tagen wird hier, so schreibt das „Pos. Tagbl.“, mit einer geradezu bewundernswerten Hartnäckigkeit das Gerücht verbreitet, daß die deutsch-französischen diplomatischen Verhandlungen über die marokkanische Angelegenheit keinen friedlichen Ausgang nehmen und einen Krieg zwischen den beiden Völkern im Gefolge haben würden. Eine ganze Anzahl kleiner Leute hat deshalb in den letzten Tagen ihre Sparlauseinlagen zurückgezogen, weil sie den Ausbruch eines Krieges für bevorstehend und im Hinblick hierauf die Sicherheit der städtischen Sparlause in Frage gestellt wähnt.

Das kommt davon, wenn die Leute keine sozialdemokratischen Blätter lesen! Sonst würden sie wissen, daß heute ein Krieg nicht mehr über Nacht vom Zaun gebrochen werden kann. Man gebe den Aengstlichen zur Beruhigung die Rede Jourdès zum Studium!

— **Entdeckter Raubmord.** Vor sechs Jahren wurde der fleischer Rittow aus Schollen auf der Chaussee zwischen Schollen und Posen ermordet und beraubt aufgefunden.

Trogorn die Staatsanwaltschaft damals sofort verhaftete und eine hohe Belohnung auf den Raubmörder aussetzte, blieb der Mord unaufgeklärt. Am 9. d. M. nun hielt eine Eigentümerfamilie auf der Dominialwiese vor der Stadt Jarowitz Raft. Der Mann, ein robuster Keil, geriet mit seiner Frau in Streit und verprügelte sie in unbarbarischer Weise. Während des Streites warf die Frau dem Mann vor, daß er sie nun auch so erschlagen will, wie er seine Kinder folgeschlagen und den Mann bei Schollen ermordet hat; und daß er ständig seinen Namen ändert, um der Strafe zu entgehen. Diese Aussage der Frau hätte der Drognit Strypczak aus Jarowitz, der zufällig vom Spaziergange heimkehrte und unbemerkt Zeuge war. Als die Frau Strypczak gewahr wurden, schrien sie eiligst davon. Strypczak ging aber schnell nach Hause, nahm sein Fahrrad und faulle der Wunde nach. Er holte sie in Dornbrunn ein und ließ sie durch den Gemeindevorsteher festnehmen, indem er den Mann des Mordes an Rittow bezichtigte resp. anlagte.

Bromberg, 10. Juli. Die Tätigkeit des Arbeiter-Sekretariats im zweiten Quartal 1905. Im verfloffenen Quartal wurden 117 Auskünfte erteilt. Den Rechtschuttsuchen wurde in 82 Fällen mündliche und in 65 Fällen schriftliche Auskunft gegeben. Auf die Organisationen verteilten sich die Auskunftsuchen in folgender Weise: Handarbeiter 7, Bildhauer 2, Fabrikarbeiter 2, Eisenarbeiter 14, Maler 1, Maurer 42, Metallarbeiter 6, Schuhmacher 2, Zimmerer 3, Stuhlreiter 1, Tischler 3, Zimmerer 12, Wächter 2, verschiedene Berufe — Organisationsaufträge 15. Die Auskunftsleistungen betrafen folgende Materien:

	Schriftliche	Mündliche	Summa
Invaliden-Versicherung	9	10	19
Kranken-Versicherung	4	4	8
Unfall-Versicherung	7	5	12
Arbeitsfreigabe	10	6	16
Verhaltensregeln	—	1	1
Forderungen	3	—	3
Ebererkämpfe	1	2	3
Vormundschaft, Alimente	2	2	4
Erbrecht	1	—	1
Wohnungsangelegenheiten	—	3	3
Wohlfahrtswesen	1	1	2
Wandlung	1	—	1
Fürsorge-Erziehung	1	1	2
Koalitions-, Vereins- und Versammlungs-Recht	1	—	1
Ortspolizeiliche Vorschriften	1	—	1
Strafprozesswesen	12	1	13
Privat-Klageladen	4	5	9
Gewerkschaftliches	—	2	2
Steuersachen	7	4	11
Staatsangehörigkeit	—	1	1
Namenangelegenheit	1	—	1
Schulwesen	1	1	2
Militärsachen	2	—	2
Diverses	2	3	5
	65	52	117

In einem Falle erfolgte die Vertretung der Beklagtenpartei vor dem Gemeindevorstand.

Im Anschluß hieran werden die Auskunftsuchen ersucht, bei Frankensnahme des Sekretariats das Verbands-Mitgliedsbuch mitzubringen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Beim Baden ertrank in **Striegau** am Sonntag im C. F. Lehmannschen Leinbruch, im sogenannten „Walterloch“ in Bilgramshain der Deuschschmied Karl Zimmermann. Ein Schlaganfall betraf den B., der deshalb hilflos unterging. Die Leiche wurde nach Bilgramshain geschleppt. — Eine häßliche Tat wurde am Sonnabend in der Geschichtsbücherei T. T. Feinze in **Wrieg** zur Ausführung gebracht. In einem Kellerraum werden von den Angestellten die Näder eingestellt. Als sie Abends nach Hause fahren wollten, bemerkten sie, daß an sämtlichen 6 Nädern die Gummiräder

zerhackt waren. Seitens der Firma ist eine Belohnung von 90 Mark für die Ermittlung des Täters ausgesetzt worden. Auf der **Hollammer in Gielab** wurde eine Frau aus **Sauvra** hütete dabei ergriffen, als sie einem Hirtenjungen ein Paket, welches Patronen enthielt, anstreckte. Die Frau wurde festgenommen und dem russischen Kreisgericht in **Den** in jugesetzt. — In **Mosberg** bei **Mailbor** fand der 14jährige Knabe des Grubenarbeiters **Purov** einen frühen Tod. Die Mutter war ausgeganen und hatte den Knaben allein in der Wohnung zurückgelassen. Bei ihrer Rückkehr hörte sie das Kind kläglich schreien und fand es nach Erschließen der Zimmerleuchte in hellen Flammen vor. Leider hatte das Kind bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß es nach kurzer Zeit verschied. — Ein heftiges Gewitter ging über **Stad** und **Kreis Reichenbach u. C.** nieder. In **Weißenbach** schlug der Blitz in die Behausung des Stellenbestizers **Carl Moske**, die vollständig niederbrannte. Der Besitzer und die anderen Bewohner des Hauses waren auf dem Felde, so daß es nur gelang die Weiten zu retten. — Bei einem am vorigen Montag niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in das der **Stad** gehörige Freiwirtschaft **Waldshain** ein und verursachte eine Feuersbrunst. Eine Scheune und ein Schuppen brannten ab. — Das im zweiten Lebensjahre stehende Kind des **Stad**brüder **Wypel** in **Wrotkau** machte sich in einem unbeaufsichtigten Augenblicke am Kochherd zu schaffen und rief dabei einen Topf mit heißem Wasser herunter. Das Kind erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. — **Gymnasial-Dozent** **Gerlach** in **Katowitz** zog sich vor mehreren Tagen durch Sturz vom Rade eine Kopfverletzung zu. Der Verletzte verband sich selbst die Wunde. Gestern erlag der Bedauernswerte einer Blutvergiftung, die hinzugezogen war. — Die beiden „Arbeiter“ **Klimowig** und **Wojtich** in **Mykowitz** haben außerhalb der Stadt mehrere auswärtige Arbeiter angefallen und ihnen unter Drohungen die gesamte Vorratskammer und verschiedene Nahrungsmittel abgenommen. Die Räuber sind von der Polizei alsbald verhaftet worden. — Ein schwerer Unglücksfall wurde durch einen bei einem Gutsbesitzer bediensteten **Waldschmidt** in **Wrotkau** herbeigeführt. Der Knecht hatte sich ein Leinwand gekleidet und spielte damit während der Besperpause auf dem Felde. Aus Unlust zielte er mit der Waffe auf den hinzutretenden 13 Jahre alten Sohn seines Dienstherrn, als plötzlich ein Schuß frachte und das Kind getroffen zu Boden stürzte. Die Kugel war dem Kinde zwischen den Rippen in die rechte Seite gedrungen und der Knabe mußte alsbald ärztlicher Pflege übergeben werden. — Die **Wrotkau** **Leppich-Fabrik** bei **Reife** geriet durch Blitzschlag in Brand. Die Druckmannschaften waren nach zweifelhafte Tätigkeit vollständig erschlagen, das Publikum drückte sich, und da auch die **Reife** Herren, welche 7 1/2 Uhr per Bahn nach der Brandstelle gefahren waren, bald milde wurden, erbat der Brandmeister und erhielt auch Hilfe vom **Pionierbataillon**, von dem Mannschaften um 12 1/2 Uhr eintrafen. Während die Balken abgeblitzt wurden, stürzte plötzlich ein innerer Brandgabel ein; glücklicherweise wurde jedoch niemand verletzt. Um 3 1/2 Uhr fröh konnte die Gefahr als beseitigt angesehen werden. Die Spritzen fast aller Nachbardschiffer waren zur Stelle. Das feinerzeit vom Feuer so schwer heimgesuchte **Wrotkau** hat keine ausgebildete freiwillige Feuerwehr! — Der **Raubmörder** **Felber**, welcher wegen des Mordes an dem Haushälter **Wilhelm** **Schneke** vom **Schwurgerichte** **Wrotkau** zum Tode verurteilt worden war, ist begnadigt, und das Urteil ist in lebenslängliche **Huchthaus**strafe umgewandelt worden. — Einen schweren Schädelbruch erlitt in **Wrotkau** der **Schlepper** **Mois** **Jynabel** auf der **Brandenburg** durch einen amfallenden **Stempel**. Sterbend wurde er dem **Knapp**schäftslozaretz zugeführt.

Das Kirchkernel.

Eine Bitte an die Großen und die Kleinen.

Ich bin a gang loas Kernel,
 Das weita gar loas Bred,
 Nur hab' i oan Witt' grab:
 Werts' drum mi nit net weg!
 Geh's, wech's mi nia auf's Pflaster,
 Da kam i boshaft sei
 Und trag de Menschenkinder
 Gar manchen „Ausrufsch“ ei'
 Dhuat's nia mi nuntschludn
 So kloa das i aa bin,
 I kann gar schwer Euch plagn,
 Wenn i im Wagen drin.

Stoffe, Gewebe und Farben werden nicht angegriffen und jedes Waschkleid erscheint deshalb wie neu, wenn zur Wäsche nur

Sunlight
Seife genommen wird!



Friedrich Lindner,
 Neuheiten-Vertrieb
 Breslau XIII, Augustastr. 33.
 Prämiert Paris 1905.
 Spezialität: Türsicherung
 Schutz gegen Diebe.
 Preis 1,25 Mk. inkl. Anbringen.

Schuhwaren-Haus
 Zur guten Schuhquelle.
 Gr. Scheitnigerstr. 1801
 Ecke Hirschstr.
 Reellste Schuh u. Stiefel
 Billigste Preise.

Chem. Reinigungsanstalt
 und Färberei
Fasse & Co. Inh. Paul Langner
 1586
 Fabrik u. Kontor Vorderbleiche 4a 4b. Tel. 7274.
 Läden: Kaiser Wilhelmstr. 74. Königsstr. 3.
 Poststr. 3. Gneisenauplatz 2. Reuschestr. 34.
 Gute, schnelle und billige Ausführung.

Selowsky's 1715
Bolero 2 allertfeinste Pf.-Zigarette
Zenith 3 erstklassige Pf.-Zigarette
 Die Forderungen unserer Arbeiterschaft sind voll u. ganz bewilligt.

„Der wahre Jakob“
 Sozialdemokratisches Witzblatt.
 Durch die Expedition und Vertriebsstellen in Städten.